

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Herausgeber: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1887. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 9. Fernsprecher 981.

Bezahlungsbedingungen: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Ausland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 3.00 Mk. In der Expedition und den Buchhandlungen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und kleine Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die sechsgezeigte Zeile 15 Pf., anwärts 25 Pf., im Werbefeld Zeile 20 Pf. Voll-Bettungsliste Seite 200

Nr. 46.

Magdeburg, Sonnabend den 24. Februar 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten  
Heute liegt die „Neue Welt“ Nr. 8 bei.

## Die österreichische Wahlreform.

Spätestens am Sonnabend wird Freiherr von Gautschi dem österreichischen Abgeordnetenhaus die Wahlreform vorlegen, und damit tritt das österreichische Proletariat in den letzten Abschnitt seines Wahlrechtskampfes ein.

Man erinnert sich dabei unwillkürlich jenes 10. Oktober 1893, da Graf Taaffe seine Vorlage eingebracht hatte, die Oesterreich das allgemeine Wahlrecht bringen sollte. Auch damals war diese Vorlage scheinbar das Ergebnis langjähriger Kämpfe der Arbeiterschaft. Und doch gelang es den reaktionären Mächten in kurzem Ansturm die Vorlage und ihren Schöpfer über den Haufen zu rennen.

Aber diese Reminiscenz ist nichts, was die österreichische Arbeiterschaft entmutigen kann, denn gerade aus der Verschiedenheit der beiden Situationen ergibt sich die volle Sicherheit, daß die Wahlreform diesmal nicht verhindert werden kann. Die Wahlreform des Grafen Taaffe war nur chronologisch der Abschluß des Wahlrechtskampfes, aber sie war weder durch die Kraft der Arbeiterschaft errungen, noch war sie aus den Notwendigkeiten des Staates entsprungen. Graf Taaffe — oder richtiger sein Justizminister Dr. Steinbach, ein getaufter Jude, in dessen Brust Konserervative und sozialpolitische Ueberzeugung neben einander wohnte, dabei ein Haffer des Liberalismus — wollte bloß die deutsch-liberale Opposition zerstückeln, um dann seine slavisch-konservative Majorität zur unbeschränkten Herrschaft zu führen; was noch dadurch erleichtert werden sollte, daß er die Kurie der Großgrundbesitzer aufrecht erhielt. Aber die erschrockenen Konservativen einigten sich rasch mit den Liberalen und Taaffe fiel. Die Arbeiterschaft war noch zu schwach, um aus dem Ruin wenigstens die Ideen der Wahlreform zu retten. Ihr einziger Erfolg war die berühmte fünfte Kurie, in der 72 Abgeordnete — von insgesamt 425 — auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt wurden.

Nun hat die fünfte Kurie ihr Werk vollbracht, nicht das, was ihr Schöpfer, der polnische Graf Wadeni, ihr zugedacht hatte, wohl aber das, was ihr alle vernünftigen Politiker vorausgesehen haben. Sie hat die Parteien nicht demokratisiert — denn jede Partei hatte ja neben Erwählten des allgemeinen Stimmrechts auch Abgeordnete privilegierter Wähler —, sondern sie hat sie demagogisiert: jede Partei hat neben ihren „maßvollen“ Politikern auch Abgeordnete, die, um in den Riesenvahlkreisen der fünften Kurie gewählt zu werden, sich radikal gebärden, vor allem die nationalen Forderungen maßlos übertreiben mußten.

In den neun Jahren während welcher diese Kurie besteht, hat das Parlament ihre Folgen schauernd erlebt. Vom Fieber der Obstruktion gepeinigt — das manchmal lethargischen Erschöpfungszuständen wich —, war es zu jeder Arbeit unfähig. Allmählich dämmerte auch den verbittertesten Arbeiterfeinden die Erkenntnis auf, daß nur das allgemeine Wahlrecht — die Beseitigung des korruptierenden Kurienystems — die Rettung für das Parlament und den Staat bringen könne. Dazu kam dann der Verfassungskonflikt in Ungarn, der, da er seine Stütze in der Ungarn beherrschenden Grafenklasse findet, der Krone die Idee beibrachte, mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die Herrschaft der Grafen zu erschüttern. Hatte Franz Joseph als König von Ungarn das allgemeine Wahlrecht in sein Programm aufgenommen, so konnte er es als Kaiser von Oesterreich nicht ablehnen. In diesem Augenblick setzte nun die Arbeiterschaft ein, und in einigen grandiosen Demonstrationen — deren letzte jener Aufmarsch der Viermillion Arbeiter vor dem Wiener Parlament und die Arbeitsruhe in ganz Oesterreich am 28. November war — gelang es ihr, die bindende Zusage der Regierung zu erhalten, daß sie eine Wahlreform ausarbeiten und im Februar dem Parlament vorlegen werde.

Nun begann die Mogelei hinter den Kulissen. Die Deutschen, die etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung sind, aber nahezu die Hälfte der Mandate innehaben, fürchten vor den slavischen (tschechisch-polnischen) Majorität nationale Gefahr und verlangen Sicherung vor allzu großem Mandatsverlust. Da machte der Jungtscheche Dr. Kramarisch den Vorschlag, bei der Aufteilung der Mandate an die einzelnen Länder die Steuerleistung zu berücksichtigen, also den Steuerkräftigen — kulturell und ökonomisch höher entwickelten — Ländern des Westens mehr Mandate

zuzuwenden als dem zurückgebliebenen Osten. Dieser Vorschlag wurde von den Deutschen — übrigens auch von den polnischen Volksparteien — und von der Regierung akzeptiert. Die zwei Monate Parlamentsferien wurden dann zu Verhandlungen mit den nationalen Parteien über die Einteilung der Wahlkreise benützt. Die Sozialdemokratie hat dabei nicht nur den Vorschlag des Kramarisch stillschweigend hingenommen, sondern sie hat ihn im Interesse der Wahlreform — die gegen die Stimmen der Deutschen nicht Gesetz werden kann — ausdrücklich anerkannt. Allerdings mußte sie während dieser Zeit wiederholt allzu überspannte Forderungen der deutschbürgerlichen Parteien, die von den Tschechen nicht angenommen werden könnten, zurückweisen und als Intrigen gegen die Wahlreform vor der Öffentlichkeit brandmarken. So ist allmählich, wenn auch nicht alle Differenzen beseitigt sind, eine gewisse Friedensstimmung bei den nationalen Parteien eingeführt, die allein eine rasche Erledigung der Wahlreform verbürgt. Allerdings sind noch immer einzelne Personen am Werke, die die chauvinistischen Instinkte der bürgerlichen Parteien aufzustacheln suchen, um die Wahlreform zu verhindern. Dazu gehören vor allem die Großgrundbesitzer, denen um ihre Mandate bange ist, und einzelne deutschböhmische Abgeordnete — namentlich die Altböhmischen —, die bei dem allgemeinen Wahlrecht ausgespielt hätten.

Die Vorlage der Regierung ist noch nicht bekannt, doch sind schon so viel Einzelheiten in die Öffentlichkeit gedrungen, daß man auch schon in allgemeinen Zügen ein Bild zeichnen kann. Das Wahlrecht ist allgemein: Jeder Staatsbürger, der 24 Jahre alt ist und sich im Besitz der bürgerlichen Rechte befindet, ist Wähler. Nur eine allerdings ziemlich weitgehende Einschränkung ist dabei gemacht: er muß ein dreißigjähriges Alter an dem Orte wohnen. Diese einjährige Seßhaftigkeit — in der fünften Kurie galt eine halbjährige Seßhaftigkeit — ist eine Konzession an die Wahlrechtsfeinde, vor allem an die Wiener Christlichsozialen, die „im Interesse der seßhaften Bevölkerung vor den fluktuierenden“ Elementen ursprünglich eine fünfjährige Seßhaftigkeit verlangten — im vierten Wahlkörper des Wiener Gemeinderats haben sie eine dreijährige Seßhaftigkeit eingeführt —, schließlich aber sich mit einer zweijährigen zu begnügen erklärten. Die Regierung gibt die einjährige Seßhaftigkeit, um diese Gruppe der Wahlrechtsgegner zu gewinnen. Die Sozialdemokraten werden selbstverständlich im Parlament alle Anstrengungen machen, um diese Einschränkung des Wahlrechts zu Falle zu bringen.

Das nationale Problem, das in der Wahlreform steckt, hat Gautschi folgendermaßen gelöst. Die Deutschen erhalten die bisherige Zahl ihrer Mandate: 205. Doch wird die Zahl der slavischen Mandate um 30 vermehrt, so daß die Gesamtzahl der Mandate des Hauses von 425 auf 455 erhöht wird. Um diese Zahl an deutschen Mandaten zu erhalten, wird in dem national umstrittensten Lande, in Mähren, wo die Deutschen in den meisten Bezirken eine Minorität sind, der sog. „nationale Kataster“ eingeführt, d. h. die beiden Nationen wählen gesondert voneinander. Die Tschechen wählen dann 27, die Deutschen 16 Abgeordnete. Andererseits soll, um die Polen in Ostgalizien vor der rhythenischen Majorität zu schützen, dort eine Art Proporzionalwahl eingeführt werden. Ueberall sollen die Städte mehr Mandate erhalten, als ihnen nach der Kopjzahl zukommt, und es soll eine strenge Scheidung von Städten und Landgemeinden durchgeführt werden. Dadurch sollen einerseits im industriellen Böhmen die Agrarier vor einer Majorisierung durch die industrielle Arbeiterschaft bewahrt, in den Alpenländern wieder die bürgerlich-freimütigen Parteien vor den kirchlichen Bauern geschützt werden.

Wien, das bisher 19 Mandate hatte (14 in der Städte- und 5 in der allgemeinen Kurie) soll nur 23 Mandate erhalten, also nahezu fünfmal so viel als Berlin hat. Jeder der 21 Bezirke soll zumindest ein Mandat, nur die innere Stadt (die City von Wien) 4, dann die Bezirke Leopoldstadt, Landstraße, Wieden und Ottakring je 2. Es sind nicht etwa die bevölkerlichsten Bezirke, die die meisten Mandate erhalten, sondern es wurde dabei bloß die Steuerleistung berücksichtigt. So hat die innere Stadt, die 4 Mandate bekommt, nur 50 000 Einwohner, dagegen erhält Favoriten mit 120 000 Einwohnern nur 1 Abgeordneten. Immerhin sind von den Wiener Mandaten auch bei einjähriger Seßhaftigkeit 5, und zwar Favoriten, Ottakring (2), Brigittenau und Floridsdorf für die Sozialdemokratie absolut sicher, und in mehreren andern sind wir so stark wie die Christlich-Sozialen.

Wenn am Sonnabend Gautschi seine Vorlage einbringen wird, wird die österreichische Arbeiterschaft die erste Frucht ihres Sieges sehen. Sie wird aber auch die Hände noch nicht in den Schoß legen können. Denn nun werden die Feinde ihr Augenmerk darauf richten, die Vorlage im Ausschuß zu verschleppen oder im Hause zu Fall zu bringen. Das Proletariat bleibt gerüstet, um alle Anschläge zunichte zu machen.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 23. Februar 1906.

### Die Beseitigung des Rechts.

„Die Beseitigung des Wahlrechtsantrags“ — „Die Niederlage der Sozialdemokratie“, so überschreiben Berliner bürgerliche Blätter ihre Betrachtungen über die Tatsache, daß der Reichstag am Mittwoch den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle Bundesstaaten mit einer überaus großen Mehrheit abgelehnt hat. So wäre also nach der liberalen „National-Zeitung“ die Ablehnung dieses Antrags ein Erfolg der bürgerlichen Parteien, nach der „Deutschen Tageszeitung“ sogar ein Sieg über die Sozialdemokratie gewesen. Dennoch sind sie beide — Pfahls- und Aderbürger — einig in der Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie ihren Antrag nur aus agitatorischen Gründen eingebracht habe. Und da niemand die Sozialdemokratie für so naiv hält, ihr zuzumuten, sie hätten im Reichstag auf Erfolg gehofft, so ist es doch klar, daß die agitatorische Kraft des Antrags gerade in seiner aufreizenden Erfolglosigkeit liegen muß. Die Sozialdemokratie hat ihre „Niederlage“ mit derselben Gewißheit vorausgesehen, mit der der Astronom eine Sonnenfinsternis berechnet. Trotzdem hat sie diese „Niederlage“ auf sich genommen. Warum? Aus agitatorischen Gründen!

Wer kann ferner noch bestreiten, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei im Deutschen Reiche ist, die den Grundsatz der politischen Gleichberechtigung aus voller Ueberzeugung vertritt? Gewiß gibt es im bürgerlichen Lager Nuancen der reaktionären Besinnung, und sicher fehlt es in den freisinnigen Parteien an einzelnen Leuten nicht, die demokratische Grundsätze so ehrlich vertreten — als es ihnen ihre Parteileitung gerade noch erlaubt. Faßt man aber das Bild, das diese Debatten geboten haben, in allgemeinen Zügen zusammen, so muß man sagen, daß es zwei Welten waren, die hier einander gegenüberstanden: die Welt der herrschenden Massen und die Welt des Proletariats. Man hat den Wahlrechtsantrag nach allen möglichen Methoden bekämpft, plumpe und dumme oder schlau und gewandt, grob und gehässig oder mit höflicher Heuchelmiene. Die Reden werden später in den Akten modern, aber die Tatsache wird unvergessen bleiben, daß der Reichstag des allgemeinen Wahlrechts sich geweigert hat, für das Volksrecht in den Einzelstaaten sich auch nur platonisch zu erklären. „Vergebens sprichst du viel, um zu versagen, der andre hört vor allem nur das Nein.“

Dieses Nein, das die bürgerliche Reichstagsmehrheit den Forderungen des deutschen Volkes entgegengesetzt hat, wird seinen Platz in der Geschichte behalten. Es ist nicht mehr und nicht weniger als die Verneinung der allgemeinen Menschenrechte, die das Bürgertum mit seiner Reichstagsentscheidung proklamiert hat. Es ist offensichtlich ein Entschieden der Gewählten gegen die Wähler, soweit diese eheliebende denkende Menschen sind. Denn jenseitig ein Mensch das Recht hat, sich selber in die Sklaverei zu verkaufen, jenseitig hat auch ein Mensch das Recht, auf seine staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu verzichten und „aus Ueberzeugung“ Gelot zu sein. Graf Posadowsky freilich hat den Arbeitern das Kunststück vorgemacht, indem er erklärte, sich dessen nicht zu schämen, daß er zum preussischen Landtag in der dritten Wählerklasse wähle. Selbst bei einem Minister, der für seine mindere Wahlberechtigung auf andre Weise durch Titel und Mittel reichlich entschädigt wird, ist ein solches Bekenntnis mangelnden Bürgerstolzes eine bedauerliche Erscheinung. Der Mann aus dem Volke, der nichts hat, wenn er nicht sein gleichbemessenes Stück politischen Rechts besitzt, würde sich geradezu ins Gesicht speien, wenn er sich mit dem Reichstagspruch zufrieden geben sollte. Wenn die bürgerliche Mehrheit den deutschen Volkstamm die Mündigkeitserklärung verjagt, so beschimpft sie damit die „deutsche Nation“ und das „deutsche Vaterland“ in größtmöglicher Weise. Und die „deutsche Mannes Ehre“? Ach was, Kunde sind wir ja doch!

Es wird sich bald herausstellen müssen, ob das deutsche Volk gewillt ist, sich von seinen eignen Gewählten als ein Bundesvolk behandeln zu lassen. Die Sozialdemokratie wird sich keinesfalls daran hindern lassen, das lehrreiche Beispiel weiter durchzuführen. Wenn sich agrarische und liberale Blätter in der Freude über den Erfolg der bürgerlichen Parteien und den Sieg über die Sozialdemokratie zusammenfinden, so können wir ihnen nur die erfreuliche Zusicherung geben, daß die Sozialdemokratie noch öfter ähnliche „Erfolge“ ihrer Gegner provozieren und sich noch öfter ähnlichen „Niederlagen“ unterziehen wird.

Warum? „Aus agitatorischen Gründen!“  
Denn je öfter sich solche Vorgänge wiederholen, desto klarer wird es werden, daß in Preußen-Deutschland das Recht nicht siegen kann, solange das Volk nicht der Sozialdemokratie zum Siege verhilft.

Das Recht läßt sich nicht „beseitigen“, so oft man auch Gesehenswürfe, in denen es formuliert wird, begraben mag, der Sozialismus läßt sich nicht „beseitigen“, so sehr man auch die Partei, die ihn vertritt, „besiegt“. Aber beseitigen läßt sich die reaktionäre preussisch-deutsche Schandwirtschaft, und alle wirkliche „Ehre“, alle wirkliche „Vaterlandsliebe“ müssen sich zu diesem Werke vereinigen. Nicht wir, sondern jene sind die wahren vaterlandslosen Gesellen; denn sie haben keine Nation hinter sich, die sie achten, sondern nur eine Herrenklasse, die sie ernährt. Indem die Sozialdemokratie ihre Wahlrechtsforderung immer und immer wiederholt, fordert sie Deutschland für die Deutschen, fordert sie die Befreiung des Vaterlandes von adliger und bürgerlicher Fremdherrschaft.

Die bürgerliche Mehrheit will nicht das allgemeine Wahlrecht für Preußen und Sachsen haben, weil sie es fürchtet; aber sie selbst ist heute noch die Gewählte dieses allgemeinen Wahlrechts, sie ist, um das Bild des Grafen Posadowsky zu gebrauchen, ein von den Stälbern selbst gewählter Meher der Volksrechte. Der Glaube an den Sieg der menschlichen Vernunft läßt uns nicht daran zweifeln, daß diese Tragikomödie eine glückliche Lösung finden wird. Das allgemeine Wahlrecht wird sich selber durchsetzen — bei den nächsten Reichstagswahlen. —

### Grünröde und „Raninchen“.

Im Abgeordnetenhaus gab es am Donnerstag eine längere Debatte über die Gehaltsaufbesserung der Förster, die zu den am schlechtesten bezahlten staatlichen Unterbeamten gehören. Namentlich von freisinniger Seite wurde auf die hohen Lebensmittelpreise und auf die nach dem 1. März bevorstehende weitere Teuerung hingewiesen.

Auch die Vertreter der übrigen Parteien verhielten sich wohlwollend. Nur die Regierung, die übrigens nicht durch den Minister, sondern nur durch einen Kommissar vertreten war, legte kühle Reserve an den Tag. Die Förster haben nämlich die „Unerschämtheit“ befohlen, mit Petitionen an den Landtag zu gehen, und die Finanzspruchnahme dieses ihnen doch durch die Verfassung gewährleisteten Rechts hat offenbar oben so stark verschmüpft, daß man sie nun erst recht zappeln lassen will. Ob also der von der Budgetkommission empfohlene und vom Plenum angenommene Antrag, der der Regierung eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter nahelegt, bald praktische Folgen zeitigt, ist zweifelhaft.

Dann wurde noch die Beratung des Etats des Finanzministeriums vorgenommen. Eine der üblichen Polen-debatten, in der Abg. Korsantj den Vorwurf schikantösen Verhaltens gegen das deutsche Beamtenum in den Ostmarken erhob, leitete die Beratung ein. Der konservative Abg. v. Arnim befeuerte sich über den zu hohen Reichsbankdiskont, dann hatte man genug und bewilligte dem Minister sein Gehalt.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt. Vorher soll das Kreis- und Kommunalabgabengesetz in dritter Lesung verabschiedet werden. —

### Revolutionsangst.

Die Oberpräsidenten in Preußen sind angewiesen worden, so wie sie es für angebracht halten, Polizeiverordnungen zu erlassen, um den zahlreichen Unglücksfällen der letzten Zeit, die sich durch unvorsichtige Schandhabung von Schusswaffen ereigneten, in Zukunft einen Riegel vorzuschleiben. Es sollen Revolver, Floberbüchsen, Fehlinge, Dolche und Jagdmesser nur an Personen verkauft werden, die einen polizeilichen Waffenschein besitzen. Waffenscheine werden für die Zukunft nur an Personen ausgestellt, die ein Bedürfnis zur Führung dieser Waffen nachweisen, zuverlässig sind und ein Alter von 21 Jahren aufweisen. Die Waffenhandlungen können angewiesen werden, genaue Verkaufsregister zu führen.

Von zahlreichen Unglücksfällen hat man nichts gehört, wohl aber haben gleich nach dem „roten Sonntag“ Regierungspräsidenten Verordnungen über den Waffenverkauf erlassen, denen man es anmah, worauf sie zurückzuführen waren. Auch diese allgemeine Anordnung an sämtliche Oberpräsidenten scheint uns von jener törichten Meinung diktiert zu sein, die Sozialdemokraten wollten mit bewaffneter Faust ein andres Landtagswahlrecht erkämpfen. —

### Vom Rastburger Landtag.

Die Landtagsabgeordneten der medienburg-preussischer Landeskinder im Fürstentum Rastburg, die ihre 35jährige Abstinenz-Obstruktion aufgegeben haben, sind am Mittwoch in der Stadt Schönberg als Landesparlament zum erstenmal zusammengetreten. Der freisinnige Großherzog, der Landesherzog Rastburgs,

ließ ihnen sagen, daß er sich freue, sie beschlußfähig beieinander zu haben; er werde die Eingabe der Landtagsabgeordneten auf Zustimmung des Beschließungsstatut des bisherigen Gutachtenrechts einer Prüfung unterziehen. Die bauerlichen und bürgerlichen Abgeordneten — die Arbeiter haben kein Wahlrecht — waren aber vorläufig noch skeptisch veranlagt. Sie verlangten, daß, bevor der Landtag an die Beratung der ihm vorgelegten Regierungsvorlage gehe, ihnen eine bestimmte Zusage gemacht werde dahin, es stände die Einräumung des Beschließungsrechts in sicherer Aussicht. Die pastoralen und gutsbesitzenden Landtagsabgeordneten protestierten gegen solche „Zumutung“, weshalb der erste Tag resultatlos verlief.

Im zweiten Verhandlungstag wurde indessen der bewußte Machterweiterungsantrag angenommen, auf dessen Gewährung sie so lange warten können, wie die Schwärmer auf ihre Verfassung. —

### Um die Geldesmacht.

Der Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland bezüglich Marokkos tritt nicht nur in der Polizei-, sondern auch in der Bankfrage klar zutage. Da die letztere so gefährlich ist, hat man auf der Konferenz in Algeciras jetzt die letztere in Angriff genommen. Die bürgerlichen Blätter strotzen von langen Telegrammen ihrer Berichterstatter, die zwar nichts erfahren, aber doch recht viel erfinden.

Um wenigstens wirtschaftlich das Land des Sultans unter die Fuchtel zu bekommen, soll dem braunen Beherrscher unter allen Umständen eine Staatsbank beschert werden. Jeder der Spender will natürlich seine Spende fest in Händen behalten. Folglich ist der Streit entbrannt über die Verwaltung der Bank. Während sich Frankreich das Uebergewicht so zu sichern wünscht, daß von fünfzehn Anteilen des Bankkapitals fünf ihm zufallen sollen, schlägt Deutschland vor, allen Mächten, die zur Bildung beizutreten Lust hätten, sei der gleiche Anteil zuzuwenden. In beiden Programmen handelt es sich um eine Bank, die zugleich Schatzamt und Münze sein soll, im wesentlichen angepaßt an die Funktionen der türkischen Ottomanbank und der früheren Verfassung der Ägyptischen Bank.

Wie in der Polizei-, das ist die Militärfrage, ist auch in der Frage der kommerziellen Beherrschung zwischen Deutschland und Frankreich dasselbe Streitmotiv ausgebrochen: die international, die französische oder doch französisch-spanisch. Sowohl Deutschland wie Frankreich haben — die angreifenden Deutschen zuerst — ihre umfangreichen Bankprogramme vorgelegt, die nun von den Diplomaten geprüft werden. Die letzten Telegramme melden, daß England und Spanien schon auf die Seite der Franzosen getreten seien. Das klingt recht wahrscheinlich. Deutschland wird wie in der Polizei-, so auch in der Bankfrage isoliert bleiben, wenn es bei seinen Ansprüchen stehen bleibt.

Die Gefahr rückt daher immer näher, daß die Konferenz ergebnislos abgebrochen werden muß dank der Halsstarrigkeit der deutschen Diplomaten. Genosse Jaures hat daher recht, wenn er in der neuesten Nummer seiner „Humanitee“ schreibt:

Es wäre jammervoll, wenn die Konferenz nicht zum Ziele gelangte. Gewiß würde das nicht unmittelbar den Krieg bedeuten, aber es würde ein unerträgliches Zustand der Spannung und des Unbehagens geschaffen, aus dem bei dem geringsten Zwischenfall der Krieg hervorgehen könnte. Frankreich und Deutschland würden eine gegenseitige Mißgunst und Mißtrauen bewahren. Sie würden sich, wie es bereits die Zeitungen beider Länder tun, gegenseitig die Verantwortung für das Scheitern der Konferenz zuschieben, Marokko würde der Dummelplatz der gereizten Eigenliebe und des verletzten Ehrgeizes werden und während die deutsche und die französische Regierung sich in Hez und Langer bescheiden, könnte England sich wieder einmal versucht fühlen, seinen Handelsvorteil aus der andauernden Rivalität zwischen Deutschland und Frankreich zu ziehen. Der Weltfrieden und die Zivilisation waren nie in größerer Gefahr wie jetzt. Die trüben Tage des letzten Juni seien wiederholt, aber mit der Verschlimmerung, daß alle möglichen Annäherungsversuche das Mißverständnis nur vertieft haben. Es gebe ohne Zweifel nur noch eine Aussicht auf ein Einvernehmen: Die andern europäischen Mächte müßten beunruhigt durch das drohende Unglück, eine Formel der Verständigung finden.

Die andern Mächte werden sich hüten. Sie ziehen allesamt aus der von den deutschen Staatsleuten geschaffenen unerträglichsten Lage ihren Gewinn.

Dagegen erregt an das Klassenbewußte Proletariat beider Länder der dringende Ruf, auf der Wacht zu sein, damit der Friede erhalten bleibt und die Spannung vermindert wird. Die Vaterlandslosen sind es diesseits und jenseits der Vogesen, die das Vaterland schützen müssen. —

### Bauernrevolten in Italien.

Übermals kommt aus dem Lande der Drangen die Nachricht von Bauernrevolten. Diesmal ist der Schauplatz Istri, 17 Kilometer vom Adriatischen Meer entfernt. Die Bauern erhoben sich wegen Steuerüberlastung. Das Rathaus wurde demoliert.

Wie in Italien Bauernunruhen entstehen, zeigt recht deutlich der schon einige Zeit zurückliegende Fall von Ostia in der Romagna. In jener Gegend ist, wie auch sonst in Italien, noch viel unbebautes Land vorhanden und die proletarischen Ackerbauer sind es, die mit ihrem Schwerte es nutzbar machen. Der Druck auf sie ist aber ein so großer, daß sie häufig genug zur Verzweiflung und zu Ausschreitungen getrieben werden.  
In der obenbezeichneten Gegend ist die Regierung Be-

sitzerin der von den Bauern urbar gemachten Ländereien geworden. Die Bauern bildeten eine Genossenschaft und die Kolonie wurde ihnen zur Bebauung überlassen. Im August vergangenen Jahres sollte aber die Kolonie an den Meißbietenden losgeschlagen werden. Darüber war große Erregung unter den Bauern, die mit allen gesetzlichen Mitteln die Ausschreibung rückgängig zu machen suchten. Sie erhielten auch vom damaligen Ministerpräsidenten Fortis, vom Finanzminister Majorana und von Ruzatti, der jetzt wieder Minister ist, das Versprechen, ein Gesetzentwurf werde der Kammer unterbreitet werden, der den Bauern die Frucht ihrer Mühen sichern, und durch den ihnen die Kolonie Ostia in Erbpacht überlassen werden sollte.

Die Kolonie wurde aber wieder an den Meißbietenden ausgeschrieben und die Aufregung der Bauern stieg bis zur Siebeshöhe. Schon sahen sie, wie so oft, die Großgrundbesitzer sich ihrer Scholle bemächtigen, bei denen sie bei 80 Centesimi (65 Pf.) Tagelohn und schlechter Behandlung wieder fronden müßten. Ein Blutbad wäre unausbleiblich gewesen. Die Bauern begaben sich nochmals zum Minister der Finanzen Salandra, der die für den nächsten Tag angeordnete Versteigerung zurückzog und den Unterstaatssekretär Alessio beauftragte, die Verhandlungen mit den Bauern ihrem Wunsche gemäß zu Ende zu führen. Ähnliche Gründe hat auch die letzte Revolte, die von der Soldateska niedergeschlagen werden soll. —

### Schweden.

Der Staats- und Justizminister hat den Kammern einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die bedingte Freilassung von Sträflingen, die bedingte Verurteilung sowie für gewisse Mordverbrechen Strafverschärfungen eingeführt werden sollen. Die Einführung der Prügelstrafe wird jedoch bestimmt abgelehnt. Die Strafverschärfungen sollen in hartem Nachtlager und Dunkelarrest bestehen.

Bekanntlich ist in Dänemark im vorigen Jahre auf Betreiben des Justizministers Alberti und mit Hilfe seiner getreuen „Liberale“ die Prügelstrafe wieder eingeführt worden, und dieser Tage soll nun zum ersten Male wieder ein „Verbrecher“ durch dieses mittelalterliche Strafmittel „gebessert“ werden. Der Mann hatte sich in einer Herberge gegen das Aufwächterpersonal vergriffen. Er gab selbst an, betrunken gewesen zu sein, wurde aber gleichwohl zu 5 mal 5 Tagen Wasser und Brot und zu 15 Sieben verurteilt. —

### Die russische Revolution.

#### Um die Duma.

Es wurde hier kürzlich darauf hingewiesen, daß nicht alle Sozialdemokraten für den Boykott der Dumawahlen sind und daß besonders Plechanow die Nichtbeteiligung an den Wahlen verwirft. Mit ihm auf gleicher Linie steht die sogenannte „Minderheitsfraktion“ (Martow). Das „Vereinigte Zentralkomitee“ der sozialdemokratischen Partei schreibt darüber in einer Flugschrift:

„Um uns für die Zukunft die Gefolgschaft der breiten organisierten Massen zu sichern, müssen wir schon jetzt in der Ruhepause einen möglichst engen Zusammenschluß mit denselben zu erlangen trachten. Und deshalb schlagen wir, Anhänger einer Beteiligung an den Dumawahlen, einen bestimmten Weg vor, auf dem es möglich sein wird, die von den Regierungsverfolgungen zersprengte Masse wieder zu vereinigen und das Bewußtsein der Macht der Massen wieder in ihnen lebendig werden zu lassen. Dies ist die Wahl der Bevollmächtigten und der Wahlmänner, es ist der Kampf für die Wahl solcher Personen zu Bevollmächtigten und Wahlmännern, die imstande sind, die Bedürfnisse der Massen auszudrücken, es ist der Kampf mit allen Hinterlistigkeiten und Gewalttätigkeiten der Volksfeinde, die darauf hinauslaufen, die Massen an der Wahl ihrer wirklichen Vertreter zu hindern. Die Wahl der Wahlmänner und Bevollmächtigten wird ein vorzügliches Mittel im Kampfe für die Interessen des Proletariats sein und deshalb bestehen wir unbedingt auf einer Beteiligung an der Wahlbewegung.“

Die Leninische Fraktion dagegen ist ebenso wie der Bund und die Polen gegen die Beteiligung. —

#### Letzte Nachrichten.

\* London, 22. Februar. Aus Liban wird gemeldet, daß die Grausamkeiten der russischen Truppen in den baltischen Provinzen einen neuen Aufstand der Bevölkerung provozierten. Die Kosaken plünderten und brennen erbarmungslos die Hütten der Bauern nieder. Zahlreiche Personen werden erschossen, ohne andre Veranlassung, als daß die Kosaken sich ihr Eigentum aneignen wollen. Die verzweifelter Bauern leisteten hartnäckigen Widerstand gegen ihre Verdränger, und an mehreren Orten, wo bereits Ruhe eingeleitet war, kam es zu blutigen Kämpfen. In Kasanpoh wurden 34 unschuldige Bauern von Kosaken erschossen. —

\* Wladiwostok, 22. Februar. Nach Privatmeldungen, die in Paris eingegangen sind, ist in Wladiwostok unter den russischen Truppen eine neue Meuterei ausgebrochen, die weit gefährlicher sein soll als die früheren Unruhen. Einige tausend Reservisten begannen zu meutern und tausende aktiver Soldaten schlossen sich ihnen an. Die Meuterei eroberten einige Forts und besetzten ihre Stellungen. General Mitschischenko macht Versuche, die Meuterei mit militärischer Gewalt zu unterdrücken, bisher aber ohne Erfolg. Die Meuterei übersehen sich den Truppen mit großer Hartnäckigkeit und kämpften mit Erfolg gegen die regierungsfreundlichen Truppen. —

\* Petersburg, 22. Februar. Im Kubangebiet meutern 600 Kosaken vom Regiment Urup. Gegen die Meuterei, die sich verhängt haben, sind Truppen mit fünf Maschinengewehren entsandt worden. Es ist bereits zu einem Zusammenstoß gekommen, doch liegen bis jetzt noch keine Nachrichten über den Ausgang vor. —

\* Tiflis, 22. Februar. Gestern nachmittag überfiel eine stark bewaffnete Bande von 15 Personen die Station Sassenhof bei Tiflis. Mit vorgehaltenen Revolvern erzwangen die Revolutionäre die Auslieferung allen Geldes, herausgaben die Gendarmen der Waffen und verschwand mit der Drohung, nach drei Tagen wiederkommen und die Station niederzubrechen. — General Orlow ist wieder nach dem wendischen Kreise zurückgekehrt zur Unterdrückung des erneuerten Aufstandes, der dort ausgebrochen ist. Das Feldgericht verurteilte zwölf Revolutionäre zum Tode und dreißig, darunter Frau u. a., zu Nagaisibeben. —

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 46.

Magdeburg, Sonnabend den 24. Februar 1906.

17. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

50. Sitzung.

Berlin, 22. Februar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Fürst Bülow, Graf Posadowski, v. Tschirschky u. Bögendorff, v. Podbielski, Dr. Delbrück und viele Kommissare.

Der deutsch-äthiopische Handelsvertrag wird in dritter Lesung debattiert angenommen.

Es folgt die erste Lesung des

### Handelsprovisoriums mit Amerika.

Reichskanzler Fürst Bülow: Nach der Regelung der Handelsbeziehungen mit den europäischen Staaten trat an die Regierung die Aufgabe heran, auch das wirtschaftliche Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu ordnen. Die Vereinigten Staaten sind ein vorzugsweise landwirtschaftliches Produkt- und Rohstoffexportierendes Land. Trotzdem ist die Landwirtschaft weit weniger als die Industrie an unseren wirtschaftlichen Beziehungen mit Amerika interessiert, da sie den für sie notwendigen Schutz erhalten hat und deshalb mit Rücksicht der Entwicklung der Dinge entgegenzusetzen kann. — Wir waren uns der großen Schwierigkeiten, welche sich dem Abschluß eines umfassenden Handelsvertrags gerade mit den Vereinigten Staaten entgegenstellen, von Anfang an wohl bewusst. Diese Schwierigkeiten liegen nicht an den beiderseitigen Regierungen, sondern an Verhältnissen, die ich an dieser Stelle nicht näher erörtern kann, ohne den Anschein einer mir fernliegenden Einmischung in die inneren Verhältnisse fremder Staaten zu erwecken. Ich begnüge mich daher mit der Feststellung, daß sich der Abschluß eines Handelsvertrags mit Amerika bis zum 1. März dieses Jahres als unmöglich erwiesen hat. Angesichts dieser Sachlage haben sich die verbündeten Regierungen entschlossen, dem hohen Hause dieses Provisorium vorzulegen, durch welches den Vereinigten Staaten bis zum 30. Juni 1907 die Sätze unserer Handelsverträge gewährt werden. Wir gestehen den Vereinigten Staaten kein Recht auf Meistbegünstigung zu, wir räumen ihnen die Zollermäßigungen nur ein, um Zeit zu gewinnen und um im Interesse der beiden Teile einen Zollkrieg zu vermeiden. Wir legen hohen Wert auf die politische Freundschaft mit Amerika, wir denken aber nicht daran, sie mit einer Benachteiligung unserer wirtschaftlichen Interessen zu erkaufen. Wir haben keine Veranlassung, Verträge zu gewähren, die einseitig im Interesse des andern Kontinenten sind. Wir wollen mit dem Zugeständnis der Zollermäßigungen keinen definitiven Zustand, sondern nur ein Provisorium schaffen. Angesichts der Schwierigkeiten der Vertragsverhandlungen und des Interesses unserer Industrie in langfristigen Lieferungsverträgen konnten wir das Provisorium nicht länger bemessen. Also nicht um eine materielle Lösung handelt es sich bei diesem Vorschlag, sondern um ein Zweckmäßigkeitssorgehen. Für die faktische Lösung solcher internationalen Fragen müssen Sie uns freie Hände lassen und uns etwas Vertrauen schenken.

Abg. Graf Schwerin-Löwiz (kons.) bedauert, dem Reichskanzler, der ungleich viel für die Landwirtschaft getan, in einer Frage entgegenzutreten zu müssen, an der die Landwirtschaft verhältnismäßig weniger interessiert sei, als Industrie und Handel. Die Frage bezieht sich fast mehr auf ein nationales als ein wirtschaftliches Interesse. Durch die ungerechte Behandlung Deutschlands seitens Amerikas wird das Nationalgefühl auf das schwerste verletzt. Dies Provisorium ist ein neuer Sieg der amerikanischen Rücksichtslosigkeit, es bedeutet eine Kapitulation. Daher wird die große Mehrzahl meiner politischen Freunde dagegen stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Mollenhuth (Soz.): Wir werden für das Provisorium stimmen. Wer vor drei Jahren bei den Zollkämpfen vorgehen hätte, daß der Reichskanzler hier diese Rede halten würde, der wäre der allerhöchsten Reichsfeindschaft beschuldigt worden. Repressalien gegen deutsch-agrarische Schütanen spielen bei der amerikanischen Zollpolitik eine große Rolle; im übrigen bezweckt

diese, genau wie die deutsche, die Auspörierung der Massen und hält sich auch sehr gern in schöne Redensarten ein. Auch in Amerika heißt es, man müsse die Zölle erhöhen, um die Arbeiterlöhne zu steigern, und auch in Amerika steigen die Löhne keineswegs, wenn man die Zölle erhöht hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nicht aus Vorliebe für Amerika, sondern um einen die Interessen der Industrie wie der Arbeiterschaft schwer schädigenden Zollkrieg zu vermeiden, werden wir für das Provisorium stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Herold (Str.): Wir sind überzeugte Schutzgölnner und halten daran fest, daß der Generaltarif von 1902 gegenüber allen den Staaten in Anwendung kommen soll, die uns keine Vorteile einräumen. Trotzdem werden wir, um einen Zollkrieg zu vermeiden, und der Regierung Zeit zu weiteren Verhandlungen zu geben, den vorliegenden Entwurf unter ausdrücklicher Betonung seines provisorischen Charakters annehmen. Einen Antrag, die Regierung zu ermächtigen, nur einen Teil des Vorzugstarifs Amerika gegenüber in Wirksamkeit zu setzen, müssen wir ablehnen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Stämpf (Frei. Vp.): Es handelt sich nicht um eine Kapitulation oder gar Herabwürdigung Deutschlands, immerhin um eine bittere Pille, die geschluckt werden muß. Ich habe angefangen der letzten Zollmehrheiten bei uns und in Amerika hinsichtlich des Zustandekommens eines Gegenseitigkeitsvertrags bezweifelt. Amerika gegenüber ist unser Generaltarif eine sehr unbrauchbare Waffe. Ein Zollkrieg schädigt uns mehr als Amerika. Unsere schutzgölnnerische Wirtschaftspolitik hat Fiasko gemacht. (Sehr richtig! links.) Diesseits und jenseits des Ozeans wird man mit dem Hochschutzzollsystem brechen müssen. Wir werden für das Provisorium stimmen müssen. (Beifall links.)

Abg. Basse (natl.): Mit den Voraussetzungen des Vorredners bin ich nicht einverstanden, wohl aber mit seinen Ergebnissen. In Amerika mehren sich bereits die Stimmen, daß die Hochschutzzollpolitik nicht dem eignen Landesinteresse entspricht. (Zustimmung Heiterkeit links.) Wir wollen den Zollkrieg nicht heraufbeschwören, wir wollen in letzter Stunde das rettende Seil ergreifen. Aber darüber mache sich Amerika keine Illusionen; eine Verlängerung des Provisoriums gibt es nicht! Wir werden für das Provisorium stimmen. (Beifall b. d. Natl.)

Abg. Dove (Frei. Vg.): In Ermanglung eines Besseren nehmen wir das Provisorium an. Daß Herr Basse für Amerika Freihandelsgrundsätze predigt, nimmt sich in seinem Munde ganz besonders schön aus. (Sehr gut! links.) Auf ihrer Jagd nach Zöllen und Zöllen hat die deutsche Industrie ihre wirtschaftlichen Interessen häufig veräußert. Wie die Sachen nun einmal liegen, bedeutet das Provisorium gegenüber einem Zollkrieg das kleinere Übel. Vergessen wir übrigens nicht, wenn wir uns über amerikanische Schütanen entrichten, daß Amerika schließlich nur Schütane gegen Schütane setzt. Wir werden für das Provisorium stimmen mit dem bitteren Gefühl, daß eingetroffen ist, was wir voraussehen und voraussaßen. (Bravo! links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Vg.): Die Landwirtschaft ist der Erstgeborene, der sich für die Nachgeborenen mühe und mühe gearbeitet hat. Es ist begreiflich, daß unsere Industrie keinen Zollkrieg will; ist aber eine Operation nötig, dann erfolgt sie besser jetzt als später. Das Provisorium wird den Zollkrieg nicht hindern. In unseren Handelsvertragsverhandlungen mit England und Amerika sind wir immer der Jakob, der von Herrn Laban die blonde Lea statt der schönen Rachel erhält. (Heiterkeit.) Dadurch, daß man gemeinhin hat über die Folgen eines eventuellen Zollkriegs mit Amerika, hat man die deutsche Position verabsolutiert; und wenn Minister Delbrück auf dem Handelsrat das amerikanische Kupfer als unentbehrlich bezeichnet hat, so würde Jivis Wisnart einen solchen Minister aus dem Amte gejagt und auf die Suche nach Kupfermünzen geschickt haben. (Heiterkeit b. d. Natl.) Ein Teil meiner Fraktion will das Provisorium in die Welt setzen, ein anderer will aber für dasselbe stimmen, um der Regierung noch ein Jahr Probezeit zu geben. (Beif. b. d. Wirtsch. Vg.)

Abg. Dr. Potthoff (Frei. Vg.): Dieses Provisorium ist der klägliche Erfolg einer Handelspolitik, die unter andern ja wohl auch deshalb gemacht wurde, um Kompensationsobjekte gegen Amerika in der Hand zu haben. Für die Verschlechterung der amerikanischen und elenden Handelspolitik des Reichskanzlers Fürsten Bülow ist dieses Provisorium der eindringlichste Beweis. Die deutsche Bevölkerung haben wir mit riesigen neuen Steuern befallen, unsere Produktion und unsere Absatz erschwert, unsere Handelsbeziehungen zu den befreundeten europäischen Vertragsstaaten verschlechtert und Amerika gegenüber nicht das geringste erreicht. (Sehr richtig! links.) Und doch ist dieses klägliche Provisorium noch das Vernünftige oder doch das mindest Unvernünftige, was die Regierung unter den obwaltenden Verhältnissen tun konnte. Wenn die Agrarier dagegen stimmen, so tun sie es ja nur, weil sie doch wissen, daß es angenommen wird. (Zustimmung links.) Eine Besserung ist erst zu hoffen, wenn wieder statt der Verträge gegen den Handel Verträge für den Handel abgeschlossen werden. (Bravo! links.)

Damit schließt die erste Lesung und das Haus tritt sofort in die zweite Lesung ein.

Abg. Frey. Seyl zu Herrnsheim (natl.) begründet einen Antrag, nach welchem die verbündeten Regierungen den Vereinigten Staaten nicht alle, sondern nur einen Teil der Ermäßigungen des deutschen Konventionaltarifs gewähren sollen. Selbst Sozialdemokraten, wie die früheren Abg. Schippel und Calwer, haben die Notwendigkeit hoher Schutzgölnne gegenüber Amerika betont, das sich mit chinesischen Zollmauern umgeben hat. Meiner Meinung nach wird uns ein Zollkrieg mit Amerika unter keinen Umständen erspart bleiben. Die Verletzung des Ministers Delbrück auf dem Handelsrat, daß uns das amerikanische Kupfer und die amerikanische Baumwolle unentbehrlich seien, war wenig angebracht. Wir müssen uns Amerika gegenüber die nötige Reserve aufbewahren, und daher stelle ich den vorliegenden Antrag. (Beifall b. d. Natl.)

Staatssekretär Graf Posadowski warnt vor der Annahme des Antrages und vor der Akzeptierung des französischen Differentialsystems gegenüber Amerika. Die Differenzierung der amerikanischen Importe würde Amerika nur reizen.

Abg. Dr. Semler (natl.) bekämpft im Namen eines Teils der nationalliberalen Fraktion den Antrag Seyl. Da wir die landwirtschaftlichen Produkte Amerikas nicht entbehren können, könnte es sich nur um die Differenzierung verschiedener Industrieprodukte, im ganzen um eine Zolldifferenz von 17 bis 18 Millionen handeln. Eine solche Lappalie ist keinen Zollkrieg mit Amerika wert, zumal wir mit unseren Zollkriegen gegen Spanien, Kanada und Rußland schlechte Erfahrungen gemacht haben. Aus der Annahme des Antrages Seyl könnte großes Unheil entstehen. Nicht kleinliche Mißgunst, sondern nur eine großzügige Förderung der beiderseitigen Interessen kann zu einem vernünftigen Handelsvertrag mit Amerika führen.

Abg. Bernstein (Soz.): Der Freiherr v. Seyl will mit seinem Antrag die Amerikaner blaffen, aber mir scheint, er ist ein schlechter Poterspieler, denn durch einen solchen Antrag lassen sich Leute wie die Amerikaner nicht einschüchtern. Schippel und Calwer stehen mit ihren zollpolitischen Ansichten in der Partei durchaus isoliert da. Es ist aber keinerlei Bestimmungszwang gegen Schippel ausgeübt worden, und seine Mandatsniederlegung kam völlig unerwartet. — England ist nicht trotz, sondern wegen des Freihandels aufgeblüht. Dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge sieht ein großer Teil der deutschen Industriellen, z. B. die ganze Textilindustrie, ängstlich entgegen. Der eigne Parteigenosse des Herrn v. Seyl, Abg. Reumer, hat sich außerordentlich pessimistisch über die Zukunft der Eisen- und Stahlindustrie unter den neuen Handelsverträgen geäußert. Der Zollkrieg ist das allerungeeignetste Mittel, um die Amerikaner von ihrer Hochschutzzöllnerie zu kurieren; nur dritte Staaten würden davon Vorteil haben. Es ist daher geradezu frivol, zu sagen: Je schneller der Zollkrieg kommt, desto besser. Die deutsche Industrie würde durch den Zollkrieg schwerer

## Fenilleton.

Raddruck verboten

### Augustin Robespierre.

Roman aus der französischen Revolutionszeit.

Von Jan ten Brink. Deutsch von Georg Gärtner.

(8. Fortsetzung.)

Augustin war damals Advokat zu Utrecht, wo er als Vorlesender der „Gesellschaft der Konstitutionsfreunde von Arras“ — so hieß anfänglich der Jakobinerklub in ganz Frankreich — genau dieselben Grundsätze wie sein Bruder vertrat. Augustin war zugleich zum Mitglied des Verwaltungsrates im Departement Pas-de-Calais gewählt worden, als ihm die Pariser Wähler einen Sitz im Konvent anboten. Er erschien Ende September bei den Duplays, begleitet von seiner Schwester Charlotte. Beide wurden mit der größten Herzlichkeit begrüßt. Sie wurden in die Familie aufgenommen und erhielten eine Wohnung im ersten Stock, die auf die Rue Saint-Honore hinausging.

Auf solche einfache Weise hatte der Gang der Ereignisse drei Angehörige der Familie Robespierre zu Hausgenossen der Duplays gemacht. Wenn man, während die Gesellschaft ruhig das einfache Mahl einnahm, den Ausdruck der Gesichtszüge der Tischgenossen hätte beobachten können, so wäre alsbald aufgefallen, daß sie alle mit ungeheuerstem Interesse den Worten der beiden Konventionsmitglieder lauschten, besonders wenn Maximilien Robespierre das Wort führte. In dem Neuzug und in der Sprechweise der beiden Brüder machte sich ein großer Unterschied bemerkbar.

Maximilien war zart gebaut, von Mittelgröße, Augustin schlank, von robustem Körperbau, ein Riese neben seinem Bruder. Maximilien zeichnete sich aus durch ein geistreiches, intelligentes Gesicht, das besonders auffiel durch die hohe gewölbte Stirn und die langen, hinter die Ohren zurückgestrichenen, dunkelbraunen Haare; ferner durch die hellgrauen Augen, die durch eine Brille viel von ihrem eigenartigen Glanz einbüßten. Sein Kopf war fein geformt, die Nase gerade, Mund und Kinn scharf umrissen. Augustin machte einen ganz andern Eindruck. Von den Mitgliedern des Konvents konnte nur Gerault-Schelles mit ihm an männlicher Schönheit wetteifern. Ueber seinen

Zügen schwebte etwas Einnehmendes, Hinreißendes, das sofort feßelte. Seine großen dunkelblauen Augen gewannen ihm jedes Herz durch einen unwiderstehlichen Ausdruck der Offenheit und Einfachheit. Seine blühenden Wangen und roten Lippen zeugten von einer ferngejungen Natur, während sein Bruder oft durch seine Blässe verriet, daß er leidend war.

Maximilien war sorgfältig gekleidet. Sein schwarzfarbener Rock mit den großen, glatten Starcknopfen hob die Feinheit der hohen Halsbinde von weißem Batist und das zierlich gekrümmte Jabot vorteilhaft hervor. Er trug Spizemannschetten, hellgraue Anziehsachen und graue Strümpfe; er sah immer darauf, in seinem Neuzug Eleganz und Akkuratheit zur Schau zu tragen. Augustin schien in bezug auf sein Kostüm weniger wählerisch zu sein. Sein hellbrauner Rock stand ihm sehr gut zu seinem kohlschwarzen Haar, das ihm über die Schultern wogte. Seine glattrasierten Wangen stachen durch ihre rötliche Farbe glänzend von der schwarzen Spizentravatte ab. Der ältere Bruder sprach mit durchdringender, scharfer Stimme, der jüngere ließ sich mit sanfterm Wohlklang vernehmen, der nötigenfalls alles Getöse zu überdönen imstande war.

#### 4. In Robespierres Studierzimmer.

Die Mahlzeit bei den Duplays dauerte nur kurze Zeit. Man konnte mit dem besten Willen in der Speisekammer keine große Abwechslung bieten. Das sehr schlechte, um den Maximilienpreis von 3 Sou pro Pfund eingekaufte Brot war nur spärlich vorhanden. Man mußte die Hausgenossen, die reichlich Brot zu essen pflegten, an eine bestimmte Ration gewöhnen. Aber man schwieg um des Vaterlandes willen. Die Armeen erforderten das Beste aus den Hallen von Paris und denen der Departements. Auch das Fleisch wurde in sehr knappen Portionen zugeteilt, nicht weil es 30 Sou pro Pfund kostete, sondern weil es fast nicht mehr zu bekommen war. Es wurden viele Reisgerichte geboten, da die Händler seit dem Mißernten von 1788 und 1789 außerordentlich große Vorräte dieser Bodenfrucht aufgeschichtet hatten. Madame Duplay wußte sehr gut, daß sie, wenn sie größere Aufwendungen machen, mehr als den Maximilienpreis bezahlen wollte, leicht mehr Fleisch hätte auf den Tisch bringen können, da dies aber eine Verletzung der

Dekrete des Konvents gewesen wäre, wollte der Hausherr nichts davon wissen.

Als Robespierre sich erhob, sagte er zu dem jungen Duplay mit dem Stelzfuß:

„Simon, wir müssen noch ein Stündchen arbeiten. Ich erwarte Dich oben bei mir!“

Lächelnd drückte er Leonoren die Hand und verschwand durch eine Tür, die zu einer Treppe führte. Er stieg hinauf, ging durch einen kleinen Vorplatz, aus dem man eine Art Toilettenkabinett gemacht hatte, und öffnete die Tür seines Studierzimmers. Dieses befand sich über dem Schuppen der Schreinergeiellen und sah mit dem einen Fenster auf den Hof und auf den Holzschuppen hinaus. Das Gemach war ziemlich niedrig und diente als Schlaf- und Studierzimmer zugleich. Robespierre hatte dieses einfache Gemach mit gewöhnlichen Möbeln ausgestattet. Man sah hier ein Bett von Ruhdbaumholz, umschlossen von blauen Damastgardinen mit großen weißen Blumen; ferner einige Stühle mit geflochtenen Sitzen, einen sehr ordinären Schreibtisch und ein an der Wand hängendes Bücherregalchen von Tannenholz. Dieses enthielt keine ganze Bibliothek, bestehend aus den Meisterwerken von Corneille, Racine, Voltaire und Rousseau. Auf dem schmalen Raminmantel stand ein Modell der Bastille in weißer Gipsmasse, das der Bildhauer Rommey angefertigt hatte, und auf Robespierres Schreibtisch befand sich ein Lintenschaf, das Bürger Halloy aus einem Stein von der Mauer der Bastille hergestellt hatte.

Als Robespierre sich an seinem Schreibtisch niedergelassen hatte, schmeigte Brout, der ihm überallhin folgte, sich zu seinen Füßen nieder, die gutmütigen braunen Augen beständig auf seinen Herrn gerichtet.

Ein dumpfes Geräusch auf dem Korridor kündigte die Ankunft Simon Duplays an, der mit seinem hölzernen Bein immer sehr hörbar auftrat. Als er eingetreten war, blieb er respektvoll bei der Tür stehen. Robespierre bedeutete ihm schweigend durch eine Handbewegung, Platz zu nehmen, während er einige Papiere ordnete. Dann wendete er sich an seinen Sekretär, der in einiger Entfernung von ihm saß und geduldig wartete.

(Fortsetzung folgt.)

geschädigt werden als die amerikanischen. Wir können das amerikanische Kupfer z. B. absolut nicht entbehren. — Die Stellung unserer Partei zu der Frage des Handelsprovisoriums mag die handelspolitische Bundesversammlung wieder einmal beweisen, wie wichtig seine neuliche Behauptung war, daß wir Gegner des Handels seien. Im Interesse unserer gesamten Produktion und der Arbeiterklasse stimmen wir gegen den Antrag Gehl und für das Provisorium. (Weilall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Wenn wir den Generaltarif auf einen kleinen Teil der amerikanischen Importe ausdehnen, so erzielt das gar keinen Effekt; wenn wir aber den Generaltarif nun auf einen großen Teil der amerikanischen Importe ausdehnen, so läuft das im wesentlichen darauf hinaus, den ganzen Generaltarif Amerika gegenüber in Kraft zu setzen. Die Frage liegt so: wollen wir Amerika innerhalb der im Provisorium festgesetzten Frist die Rechte der meistbegünstigten Nation einräumen oder wollen wir auf die Gefahr eines Zollkrieges hin unseren autonomen Tarif gegen Amerika anwenden? Ich kann nur dringend bitten, dem Provisorium zuzustimmen.

Abg. Febr. Gehl zu Herrnsheim (natl.) empfiehlt nochmals seinen Antrag und regt an, wenigstens das Petroleum vom Konventionaltarif auszunehmen.

Staatssekretär Graf Posadowski stellt fest, daß die Annahme des Provisoriums freie Hand für die verbündeten Regierungen, dagegen die Annahme des Antrags Gehl eine grundsätzliche Festlegung bedeuten würde.

Abg. Graf Schwerin-Löwis (konf.) versteht die Erklärung des Grafen Posadowski dahin, daß auch ohne Annahme des Antrags Gehl die Reichsregierung die Möglichkeit hat, den Amerikanern nur einen Teil des Konventionaltarifs einzuräumen, und hält demgemäß den Antrag Gehl für überflüssig.

Hiermit schließt die Debatte. In der Abstimmung wird der Antrag Gehl gegen die Stimmen einer Minderheit der Nationalen Liberalen und einer Minderheit der Konservativen (darunter Abg. Graf Kanitz) abgelehnt. Das Handelsprovisorium wird gegen die Mehrheit der Konservativen, Wirtschaftliche Vereinigung und einige Nationalliberale (Graf Oriola und andre) angenommen. Hierauf setzt das Haus die

### Zweite Lesung des Justizetat

mit den Resolutionen Ullrich (Frei. Vp.) auf Ausdehnung des Schwurgerichtsverfahrens auf Preßvergehen, Graf Pompeich (Ztr.) auf Vereinfachung des Wechselprotestverfahrens und Pompeich (Ztr.) Müller-Meininger-Spahnmann (D. Vp.) auf Gewährung von Vätern an Schöffen und Geschworene fort.

Abg. Noeren (Ztr.) erklärt sich namens seiner Partei gegen die Resolution Ullrich, begrüßt die Ausführungen des Abg. Wassermann über die notwendige Bekämpfung der zunehmenden Unsitlichkeit und bezeichnet die gegenwärtige Fassung des § 184 als unzureichend zur Bekämpfung der unethischen Literatur, zumal ihn die Gerichte vielfach in der letzten Weise anwenden. Die Hilfe schieben unethische Bildblätter aus dem Boden, die von pornographischen Annoncen wimmeln. Mächtig wird nahezu eine Million Mark für derartige Annoncen ausgegeben. Unzer Quinlanern und Quinlanern werden Bilder verbreitet, die zur jenseitigen Verberührung führen. Selbst der Goethebund und Mitglieder des Goethebundes haben schwere Mißstände auf diesem Gebiete anerkannt. Der „Simplicissimus“-Prozess in München hat die Schattenseite der Schwurgerichte im grellen Lichte gezeigt. Ist nach solchen Urteilen wirklich noch das Privilegium der süddeutschen Presse, von Schwurgerichten abgeurteilt zu werden, beizubehalten oder gar auf Norddeutschland auszu dehnen? Wir werden bei der Straßprotestkommission den Antrag Ullrich eingehend prüfen; für heute lehnen wir ihn ab. (Beifall i. Ztr.)

Hierauf verlegt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Handelsprovisoriums, Fortsetzung der zweiten Lesung des Justizetat.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Aus der Parteibewegung.

**Zu der Zeugniszwangshaft der vier Seher** in Forst äußert sich heute der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, wobei er sich natürlich gegen das mittelalterliche Verfahren des Zeugniszwangs überhaupt wendet. Das ist selbstverständlich und braucht nicht besonders registriert zu werden. Dagegen verdient mitgeteilt zu werden, was der Verfasser, der selbst Seher ist, über die technische Seite der Angelegenheit sagt. Er schreibt:

„Der Redakteur gibt den Artikel zur Seherei. Der Netteur gibt den Artikel an den oder die Seher weiter. Weigert sich nun der Seher, den Artikel zu setzen, so kann er laut Gesetz wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung sofort entlassen werden, also brotlos gemacht werden! Der Seher wird also ruhig den Artikel setzen. Einmal, weil er in Ruhe, dann aber vielleicht auch selbst empfindet, daß in dem Artikel lediglich berechnigte Interessen (ev. sogar seine eigenen) vertreten sind. Nach Ansicht des Staatsanwalts ist er dann sogar vielleicht Mißgünstiger.“

Es kann aber auch ein anderer Fall eintreten, und zwar derjenige, der wohl der einzige zutreffende „Fall“ ist. Der Seher weiß es, aber der Staatsanwalt weiß es vielleicht nicht, daß von 100 Manuskripten für die Zeitung 99 in 2, 3, 4, ja 6, 10, 12 Teile zerschneiden werden und so ebensoviele Seher an der Herstellung des Artikels beteiligt sind. Selbst wenn ein Seher unter dieser Umhüllung ein Preß-Verbrechen verhindern wollte, könnte er es nicht, weil ihm ja der Gehaltinhalt des Artikels gar nicht zur Kenntnis gekommen ist, noch vor der Drucklegung zur Kenntnis kommen kann. Aber für den Staatsanwalt weiß der Seher doch wenigstens etwas! Der Seher kann ohne Zweifel die Handschrift des — ständigen oder gelegentlichen — Mitarbeiters: ergo kann er dem Staatsanwalt den Namen des „Verbrechers“ nennen. Wir wissen zwar, daß die Handschriftentüchtigkeit ein sehr schwieriges Gebiet ist: Schreibschadverständige haben in manchen Prozessen sich und der Welt die Köpfe zerbrochen, um festzustellen, ob gerade diese Handschrift die des Angeklagten ist! Aber der Seher muß nach Ansicht des Staatsanwalts mehr sein als der sachverständigste Schreibschadverständige, weiß er — der Seher — das nicht, wird er eingesperrt. Man gibt es aber auch Schreibmaschinen! In diesen Dingen kann man absolut nicht lesen, wer sie getippt hat! Und auch an dem mit der Schreibmaschine „geschriebenen“ Manuskript kann man — bis heute wenigstens — gar nicht lesen, wer getippt hat. Aber der Seher, ja der Seher muß es doch wissen! Also vernehmen wir diese „Mittelstufen“ und fragen sie dann nicht aus, gibt es ja das berühmte Zeugniszwangsverfahren.“

Das alles ist ja richtig, und jedem, der mit dem Ver

einer Zeitung vertraut ist, auch bekannt. Über Staatsanwälte und Richter, die über Preßvergehen abzuurteilen haben, gehören gemeinhin nicht zu den Leuten, die auch nur die oberflächlichsten Kenntnisse vom Preßwesen haben. Daraus erklärt sich so mancher Fehlprophet deutscher Gerichte, und daraus erklärt es sich auch, daß ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet worden ist, das schon aus technischen Gründen — von den moralischen ganz zu schweigen — unzulässig sein sollte. —

**Das Zeugniszwangsverfahren gegen den Genossen Schumann** in Bielefeld dauert jetzt schon sieben Wochen. Dabei ist Schumann erkrankt. Ob die Justizbehörden nicht bald einsehen werden, daß bei dieser Prozedur der Genosse Schumann es nicht ist, der an Ansehen verliert? —

**Arrest von der „Aufzeichnung“-Evidenz.** In Danzig wurde bekanntlich auch das Wahlrechtsflugblatt beschlagnahmt. Bei vier Genossen wurden Flugblätter gefunden, und es ist gegen sie ein Strafverfahren wegen Verleumdung, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und ähnlicher „Schandaten“ eingeleitet worden. Sie sind bereits vom Untersuchungsrichter vernommen worden und hier hat man ihnen eröffnet, daß sie gegen die §§ 185, 180, 181 des Strafgesetzbuchs und gegen den § 94 des Preßgesetzes verstoßen haben sollen. — Das kann ja schrecklich werden!

Damit aber nicht genug! Weil zehn Genossen die Flugblätter „öffentlich fortgegeben“ haben sollen, hat man jedem ein Strafmandat von 100 Mark geschickt. Weiter soll jeder 6,50 Mk. Kosten bezahlen. Insgesamt verlangt man von den Genossen die Kleinigkeit von 1065 Mark. Wenn sie nicht bezahlen können, sollen sie 20 Tage in den Kerker. Natürlich ist Berufung eingelegt worden. —

**Vom Parteihandhalt.** Im Monat Januar gingen bei dem Genossen Gerisch folgende Parteibeiträge ein:

Nachn., Sozialdemokratischer Verein für Nachn. Land, Cuxen 4. Quartal 1905 19.—. Nachn., Wahlkreis Nachn. Stadt 4. Quartal 1905 54.—. Altenburg, Wahlkreis Sachsen-Altenburg 500.—. Berlin, 4. Kreis Ostend (Neßbetrug vom vorigen Jahre) 4500.—. Groß-Berlin a. Konto der Monatsbeiträge seiner acht Wahlkreise 14 000.—. Berlin, diverse Beiträge 40 798,10. Buxbach i. S. C. R. 250. Bremen, W. C. 10.—. Bern 50.—. Breslau, Sozialdemokratischer Verein 200.—. Bielefeld, C. Sch. 2.—. Beuthen (Oberchl.), v. Parteigenossen 6.—. Kassel-Welfungen, Wahlkreis 20.—. Dürn., vom Volksverein Dürn.-Jülich 12.—. Danzig, Parteibeitrag 20,30. Dortmund, Seher- und Bruderperional der „Arbeiterzeitung“, 50.—. Vessau, Wahlkreis Inhalt 1 39,74. Erlangen 10.—. Euskirchen-Vergheim 4. Quartal 1905 1,85. Ebersbach i. S., ein Gemäßregelter von Wünschens Erben 2.—. Fallenberg (Oberchl.) 4.—. Hamburg, Ueberichuß der Maimatten, Verein der Hausknechte, Montorbaten, Pader und Berufsangehörigen 223,75. Hamburg, im Monat Januar in der Expedition des „Hamburger Echo“ ... gungen 76.—. Langerfeld, Beitrag vom Wahlverein 20.—. Ludwigshafen a. Rh., Beitrag vom Sozialdemokratischen Verein 200.—. Langenbielau, von Arbeitern aus dem Eulengebirge 100.—. Ludenwalde, vom Wahlverein 100.—. Ludenwalde, Rufus 5.—. Madaguberg C. W., 1. Quart. 06 10.—. Meerane, 17. sächs. Reichstags-Wahlkreis 100.—. Mülheim a. Rh., Wahlkreis Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach, 4. Quartal 05 69,74. Neuwied 1,37. Nürnberg, C. E. 6.—. Nürnberg, R. S. 3.—. Nürnberg, Gau Nordbayern, 2. Halbjahr 1905 1533,60. New-York, Dr. M. Kamm 10.—. Oberstein a. N., Sozialdemokratischer Verein für den Ort Birkensfeld, 4. Quartal 1905 23,56. Oelsnik i. V., von den Parteigenossen 100.—. Pleiße b. Limbach i. S., rote Kindertage bei M. R. 2.—. Potsdam-Spandau-Othbaldland, Kreiswahlverein 182,98. Paris, J. Schreyer 1.—. Randoles-Greifenhagen, Sozialdemokratischer Wahlverein 100.—. Stuttgart, G. U. 10.—. „Vorwärts“, 4. Quartal 1905 24 163,20. Würtemberg, Simon 3.—. „Wahrer Jacob“, Neßbetrug für 1905 18 000.—. Wittlich, 4. Quartal 1905 3.—. Z. V. 3. 40 000.—. In Summa 145 148,64. —

## Gewerkschaftsbewegung.

**Der Ausstand bei der Firma Gebr. Reichlein, Brennaborwerke**, in Brandenburg, der 1800 Arbeiter umfaßt, dauert fort. Nach nunmehr 14 Tagen sucht die Firma in allen Tageszeitungen und durch Agenten Arbeitswillige, besonders wünscht sie Maler und Lackierer; aber auch alle übrigen Branchen, wie Metallarbeiter, Holzarbeiter, Korbmacher, Sattler usw. werden angenommen. Die Streikenden und Ausgepörrten stehen jetzt zusammen und halten an ihren Forderungen fest. Da mit jedem Tage die Geschäftslage eine bessere wird, so ist zu erwarten, daß in den nächsten Wochen die Bewegung mit einem vollen Erfolg für die Streikenden beendet wird, wenn nur der Zugzug ferngehalten wird. —

**Sohnbewegung der Schneider in Berlin.** Vom Verbands der Schneider, Schneiderinnen und verbundenen Berufsangehörigen Deutschlands sind an die Berliner Detailfirmen folgende Forderungen gerichtet worden: 1. Sämtliche Maß- und Lagerkonfektion wird in eignen, den modernen Anforderungen der Hygiene entsprechenden Werkstätten herzustellen; 2. die tägliche Arbeitszeit darf 10 Stunden nicht überschreiten; 3. der Minimaltagelohn beträgt für männliche Arbeiter 5 Mark, für Arbeiterinnen 2,50 Mark; 4. Ueberstunden- und Sonntagsarbeit ist nur in ganz dringenden Fällen zulässig und werden Ueberstunden mit 25 Prozent, Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt; 5. sämtliche Arbeitsgeräte und Furnituren sind vom Arbeitgeber zu liefern. — Die Verbandsleitung wurde beauftragt, diese Forderungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln — Versammlungen, Flugblätter, Boykott usw. — zur Durchföhrung zu bringen. —

**Die Aussperrung der Schlägereiarbeiter im Kreise Solingen** dauert fort. 22 Wochen liegen die Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband auf dem Pflaster. Eine von den Unternehmern tendenziös zugespitzte Statistik wurde durch den Vorstand des Arbeitervereins der bürgerlichen Presse zur Veröffentlichung übergeben und darin die Schlägerei aufgeföhrt, die Arbeit wieder aufzunehmen, da, wie die Zahlen der Arbeitswilligen nachweisen, der Kampf nur noch ein Verzweiflungskampf sei und ein Erfolg nicht mehr herbeigeföhrt werden könne. In zwei großen Volksversammlungen nahmen die Metallarbeiter dazu Stellung und erklärten in einer Resolution: „Die heutige öffentliche Volksversammlung erklärt nach Kenntnisnahme von der Arbeit des Vorstandes des Arbeitervereins an den bürgerlichen Mäthern, diese Handlungsweise als so schädel und für die organisierten Arbeiter so unzulässig, daß der gesamten organisierten Arbeiterschaft des In- und Auslandes mitgeteilt werden soll, welche Rolle die Führer der Arbeitervereine in Solingen spielen. Die Versammlung erklärt, unberührt um die Resolutionen desselben, im Kampf auszuhalten, bis eine vernünftige Verständigung mit den Unternehmern herbeigeföhrt wird.“ In einem Infertal in bürgerlichen Blättern veröffentlichte derselbe Vorstand ein Schreiben des Arbeitervereins Solingen, wonach der Geschäftsführer am Platz, Sandler, Provinzial verlangt haben soll für seine Rekrutierung von Arbeit für Selbst während des vorigen Kampfes. — Unter Zuzug ist indes festzustellen, daß in keiner Art und Weise ein solches Uebernahmestück Sandler's seltene seltene ist. Da die Gewerkschaften sich der Sache bereits bemächtigt haben, um Kapital daraus zu schlagen, so werden die organisierten Arbeiter ermahnt, jedem Arbeitergeheuch nach Solingen entgegenzutreten. —

**Streikende Arbeiter — strenge Richter.** Ein unbegründetes Urteil wurde am Montag von der hiesigen Strafkammer gefällt. Angeklagt war der früher bei der Firma W. Jacobsen als Hausdiener beschäftigte Arbeiter Johann Schönfeld. Als Wekkliger am Ausstand der Hausdiener in den Wachenhäusern der genannten Firma hat Sch. zwei in Solingen gedruckte und in Kiel verbreitete Flugblätter gezeichnet. In den in den Flugblättern enthaltenen Sätzen: „Das Nichtbefolgen des Aufrufs ist nicht ehrenhaft, weder menschlich noch anständig“, „sein rechtlich bedenkender Mensch kann sich zum Mitschuldigen Jacobsens machen“, wurde eine Ehrverletzung der Kunden der Firma und eine Verbröderung gefunden. Weiter soll der Beschuldigte auf der Straßhöhe einen 17-jährigen Arbeitskollegen mit einer Flasche geworfen, ihn bedroht und vor ihm ausgespuckt und ferner einen Kommiss mit einem Stückchen Kohle geworfen haben. Der Staatsanwalt sah alles als erwiesen an und beantragte die horrende Strafe von sechs Monaten Gefängnis. Der Entschluß des Gerichts ging dahin, daß der Angeklagte sich des Vergehens gegen den § 163 der Gewerbeordnung schuldig gemacht habe. Die beiden Flugblätter seien nicht lediglich bei den Hausdienern sowie der organisierten Arbeiterschaft verbreitet worden. Ihr Inhalt sei ohne Zweifel ehrenverletzend gewesen. Derwurf mit der Flasche sei ebenfalls erwiesen; von den übrigen Anschuldigungen werde das bezeugen nicht angenommen. Das Gericht habe deshalb eine Gesamtstrafe von drei Monaten Gefängnis für angebracht erachtet. Die Höhe der Strafe erscheine an der Straßhöhe, da der Angeklagte zu denjenigen Personen gehöre, die für sich jede Freiheit in Anspruch nehmen, dagegen andre Leute bedrohen und zu ihrer Ansicht zu zwingen trachten. —

**v. Terrorismus der — Arbeitgeber.** Im Jahre 1904 haben in Breslau die Mitglieder der „Freien Vereinigung der Arbeitgeber im Tischlergewerbe“ einen „Koalitions“-Vertrag abgeschlossen, nach dem jedes Mitglied sich verpflichtete, bei Vermeidung einer Strafe von 25 Mk. für jeden Fall, bei Eintritt eines Streiks der Tischlergesellen nach vergeblicher Aufforderung zur Aufnahme der Arbeit seine sämtlichen Gesellen zu entlassen, falls eine zu diesem Zwecke eingesetzte Kommission entschieden habe, daß in dem betreffenden Falle der Streik keine Berechtigung habe. Auf Grund dieses Vertrags war ein Mitglied der Koalition verklagt worden. Der betreffende Meister hatte, trotzdem ein Streik, an dem er beteiligt war, von der Kommission für unberechtigt erklärt worden war, 20 Gesellen weiter beschäftigt und sollte diese Frevelthat mit 500 Mark Konventionalstrafe büßen. Vor Gericht wandte er ein, daß § 152 der Gewerbeordnung in Absatz 2 ausdrücklich bestimme, jedem Teilnehmer an den Verhandlungen zur Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen stehende der Rücktritt frei und Einreden oder Klagen dagegen seien unzulässig; deshalb sei auch die Eintragung einer Konventionalstrafe nicht statthaft. Die fünfte Zivilkammer des Breslauer Landgerichts hat sich auf denselben Standpunkt gestellt und die Klage abgewiesen, weil die Vereinigung der Tischler-Arbeitgeber ihrem Zwecke nach unter § 152 der Gewerbeordnung falle und deshalb auf sie der Absatz 2 dieses Paragraphen anzuwenden sei. —

## Provinz und Umgegend.

### Sozialdemokratischer Volksverein für den Wahlkreis Quedlinburg-Mischerleben-Golbe.

Parteigenossen! In den nächsten Tagen wird in der „Volksstimme“ das Statut für die neugegründete Bezirksorganisation veröffentlicht werden. Die einzelnen Filialen haben dieses Statut zu beraten und über seine Annahme oder Verwerfung zu beschließen. Das Resultat der Abstimmung ist unter Angabe der Zahl der dafür oder dagegen abgegebenen Stimmen bis spätestens den 20. März an den Unterzeichneten zu berichten.

Bemerkung wird, daß Änderungen an dem Statut nicht vorgenommen werden können, sondern daß sich die Abstimmung nur erstrecken kann auf die Annahme oder Ablehnung des Statuts in seiner Gesamtheit. Weiter wird bemerkt, daß das Statut am 1. Juli 1906 in Kraft treten soll.

Mit Parteigruß

Der Hauptvorstand. J. A. W. W. W. W.

**Alten, 22. Februar. (Revolutionsfurcht.)** Der Stadtverordnetenversammlung am 6. Februar lag ein Antrag der hiesigen Polizeibehörde zur Bewaffnung der fünf Polizeibeamten und der Feldhüter dieser Stadt vor. Jeder dieser Angehörigen sollte nach Vorschlag des Magistrats mit einem Revolver ausgerüstet werden. In der Begründung sagte die Polizeibehörde, daß es in den jetzt so bewegten Zeiten (siehe 21. Januar) notwendig wäre, sich heutzutage mit Waffen zu versehen. Die Stadtverordneten konnten sich aber durchaus nicht von der Notwendigkeit dieser Bewaffnung überzeugen, so sehr auch der Herr Referent sowie der Herr Vertreter des Magistrats sich Mühe gaben. So wurde denn die Sache darauf beschränkt, den beiden Nachtpolizeibeamten je einen Revolver zu beschaffen, natürlich nicht zum Schutze gegen die Revolution, sondern nur zum Schutze ihrer eignen Person bei den außerhalb der Stadt liegenden Patrouillengängen. Die Polizeiverwaltung, welche ja mit dem Vertreter des Magistrats identisch ist, konnte aber ihre Pappentzweige und stellte ihren Antrag zur nächsten Sitzung noch einmal. Natürlich nicht, ohne darauf hinzuweisen, daß sie weißens ist, es auf ein Verwaltungsstreitverfahren ankommen zu lassen. Und siehe da: was die bevorstehende Revolution nicht fertig bringen konnte, das brachte jetzt die Furcht vor dem Verwaltungsstreitverfahren fertig. Die Revolver wurden gekauft. Die Stimmen der 6 Vertreter der Arbeiter glatt bewilligt. Nun hatte mittlerweile der Magistrat wohl das lächerliche seiner Begründung vom 6. Februar eingesehen und sich in der nichtöffentlichen Sitzung am 19. Februar auf die Willkürer, welche schon 2 Jahre zurückliegen, berufen. Altes Beschützer sind also jetzt gerüstet. Daß alles dies die unbegründete Furcht vor den Arbeitern mit sich brachte, beweist die erste Sitzung. Wenn die Arbeiter mehr Brot fordern, das lehnt man ab. In der vorausgegangenen öffentlichen Sitzung, als Genossen Ulrichs Anregung, die Löhne der städtischen Arbeiter zu erhöhen, abgelehnt wurde, fand man die Motivierung, es sind ja Empfänger von Armenunterstützung, womit man diesen Arbeitern ihr heiligstes Recht, das Wahlrecht, nimmt. Wäre es nicht angebracht gewesen, den Lohn dieser Arbeiter ohne jede Debatte zu erhöhen, um sie der Armenpflege zu entziehen, anstatt obendrein noch zu sagen, die Leute sind mit ihren Verhältnissen zufrieden? —

**Burg, 23. Februar. (Stadtverordnetenversammlung.)** Anwesend sind 25 Stadtverordnete. Vom Vorsteher wird zunächst Herr Hönen (1. Mt.) mit den üblichen Worten eingeföhrt. Alsdann werden einige Berichte über Prüfungen von Rechnungen entgegengenommen. Hierauf erfolgt die Bekanntgabe einiger Rassenverwaltungsprotokolle. Die Genehmigung von Pachtverlängerungen wurde debattelos erteilt. Dem Magistrat war ein Besuch des Badeanstaltsbesizers Herrn P. Noosche um Beihilfe zum Betrieb seiner Badeanstalt zur Begutachtung von der vorigen Stadtverordnetenversammlung überwiehen. Heute sollte der Punkt behandelt werden. Der Vorsteher, Herr Sch. H., vertrat die Meinung, diesen Punkt in geheimer Sitzung zu verhandeln. Da sich kein Widerspruch erhob, wurde der Punkt ausgeschlossen von der öffentlichen Beratung. Dem Pachtvertrage mit dem Altschäger Friedrich wird zugestimmt, ebenso dem mit dem Gastwirt Heinemann am Kanal. Dieser hat jährlich eine Pacht von 1300 Mark zu zahlen. Der Annahme eines Angebots auf Zahlung der Pflasterkosten wird zugestimmt. Herr Hönen hatte beantragt, zu dem aus der Neupflasterung einer Einfahrt zu seinem Grundstück entstandenen Kosten von der Stadt ein Drittel Zuschuß zu erhalten. Diesem wurde auch stattgegeben. Zum Punkt „Verschließfassung über die Gültigkeit von Wahlen“ lagen zwei Einsprüche vor. Die eine richtete sich gegen die Gültigkeit der Wahl des Genossen

# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 46.

Magdeburg, Sonnabend den 24. Februar 1906.

17. Jahrgang.

## Sitzung der Stadtverordneten.

Magdeburg, 22. Februar 1906.

Stadt-Vorst. Frizke eröffnet um 4 1/4 Uhr die Sitzung unter Bekanntgabe einer Anzahl Eingänge.

Nach Erledigung einiger unwesentlicher Vorlagen kam dann der Antrag unserer Genossen über die Abspernungen am 21. Januar an die Reihe.

### Der rote Sonntag in zweiter Auflage.

Die Stadtv. Beims und Genossen haben folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, in ihrem und seinem Namen beim Herrn Regierungspräsidenten Beschwerde darüber zu erheben, daß das hiesige königliche Polizeipräsidium aus Anlaß der am 21. Januar d. J. stattgehabten Volksversammlung im Stablfeld "Auffenpark" Abspernungsmaßnahmen vorgenommen hat, durch die die Bevölkerung in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich beeinträchtigt und die Geschäftswelt geschädigt worden ist und die durch nichts gerechtfertigt waren.

### Das Wort zur Begründung erhält

Stadtv. Landsberg: Es ist Ihnen allen bekannt, meine Herren, daß die preussische Sozialdemokratie einen Feldzug gegen das Dreiklassenwahlrecht unternommen hat. Das habe auch zur Folge, daß hier in Magdeburg am 21. Januar im "Auffenpark" eine Versammlung stattfand, in der eine Protestkundgebung beschlossen wurde. Vor Beginn dieser Versammlung hat das Polizeipräsidium die drei Zugangstore zur Stadt abgesperrt. Niemand wurde in die Stadt hineingelassen und der Verkehr über das Glacis geleitet. Die Abspernung wurde mit einer Konsequenz durchgeführt, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Die Straßenbahnen wurden ausgehalten. Ihre Fahrgäste mußten aufsteigen, ganz gleich ob es Geschäftsleute, ob es Ladenmädchen oder sonst jemand war. Selbst Personen, die zum Bahnhof wollten, ließ man nicht hindurch. Es mußte ihnen nichts, daß sie darauf verwiesen, daß der Zug nicht warte. Am Ulrichstor wurde sogar eine Hebamme aufgehalten und ihr von einem offenbar humoristisch veranlagten Schutzmännchen gesagt, an solchen Tagen müsse sie den Klapperstorch abbestellen. Nur vereinzelt wurden Ausnahmen gemacht. So wurde ein vornehmer Herr, der in einer Equipage angefahren kam, hineingelassen. Ein Witzhändler dagegen wurde energig zurückgewiesen.

Genau so verfuhr die Polizei auch nach Schluß der Versammlung. Deren Besucher wurden wieder gehindert, in die Stadt hineinzukommen. Man lenkte den Menschenstrom wieder durch das Glacis zu den Vorstädten. An der Brücke bei der Königstraße kam es dabei zu einer Stauung, die leicht sehr schwere Folgen hätte haben können. Der Zugang dort zur Stadt war versperrt. Die Menschenmassen wußten nicht, wohin sie sollten. Selbst die Polizei wußte nicht zu sagen, wie die Leute nach Hause kommen sollten. Die Menge hartete geduldig aus, bis ein Wagen angefahren kam. Die Menge wußte sich nicht zu retten und drängte naturgemäß nach vorwärts. Plötzlich zogen die Schutzleute blank und standen mit erhobenen Säbeln vor den Leuten, um ihr Vordringen zu hindern. Wenn nicht von den Versammlungsbesuchern einige eingegriffen wären und für Ordnung gesorgt hätten, dann wäre es zu einem schweren Zusammenstoß gekommen. Dieses rätselhafte Vorgehen der Polizei gegen das Publikum erinnert förmlich an vormärzliche Zeiten, wo die Polizei das Rauchen auf der Straße verbot. Im deutschen Reichstag hat kürzlich einmal Graf Potjomkin von dem kleinsten Polizeigeist gesprochen. Und hier in Magdeburg haben wir jetzt zu konstatieren, daß das Polizeipräsidium gegen Leute, die sich in der Ausübung eines gesetzlichen Rechtes befinden, in der rücksichtslosesten Weise vorgeht, daß es ebenso rücksichtslos durch die Abspernung Personen an der Ausübung ihrer geschäftlichen Obliegenheiten hindert. Die Abspernung war durch nichts, aber auch durch gar nichts gerechtfertigt. Die Polizei hat allerdings geglaubt, daß eine Straßendemonstration geplant worden sei. Ich konstatiere hier ausdrücklich, daß das keineswegs der Fall gewesen ist. Wenn sich nun auch die Polizei in dem guten Glauben an eine Demonstration befunden hat, so rechtfertigt das noch in keiner Weise ihre Maßnahmen. Ist das vielleicht nicht gestattet, in friedlichen Gruppen durch die Stadt zu ziehen? Schützenvereine und dergleichen

um das doch fortgesetzt und die Polizei denkt gar nicht daran, derartige Umzüge zu verbieten. Warum macht sie denn aber von der Abspernung Gebrauch, wenn friedliche Arbeiter demonstrieren wollen, zumal die Demonstration nur in der Einbildung der Polizei bestand? In anderen Ländern ist das Recht auf die Straße vollständig anerkannt. In Wien haben vor einiger Zeit 250 000 Arbeiter auf der Straße für das allgemeine Wahlrecht demonstriert. Die Polizei war fast vollständig zurückgezogen und die Arbeiter sorgten allein für Aufrechterhaltung der Ordnung. Es herrschte vollständige Ruhe und nichts ist geschehen. Warum hätte es in Magdeburg weniger friedlich zugehen sollen? Ein höherer Polizeibeamter, dessen Namen ich hier nicht nennen will, um seine Karriere nicht zu gefährden, hat mir argentinisch seine volle Anerkennung darüber ausgesprochen, daß sich in so friedlicher Weise der Aufzug der Arbeiter zu der Versammlung vollzog. Er war des Ruhmes voll für die Arbeiter, daß sie sich so friedlich verhalten haben. Und das trotz der anfergenden Vorbereitungen, die von der Militärbehörde und der Polizei getroffen waren. Selbst diese waren nicht imstande, den friedlichen Charakter der Arbeiteransammlungen zu stören oder zu verwischen. Und nicht einmal der geschickte Zusammenstoß brachte die Arbeiter aus der Ruhe. Die Polizeimaßregeln waren also in der Tat durch nichts gerechtfertigt. Was ist nun dagegen zu unternehmen? Wir Antragsteller sind der Meinung, daß die Stadtverordneten-Versammlung und der Magistrat verpflichtet sind, über das Polizeipräsidium sich bei dessen vorgesetzter Behörde, dem Regierungspräsidenten, zu beschweren. Ob die Beschwerde von Erfolg sein wird oder nicht, kann uns gleichgültig sein. Wir sind es uns aber selber schuldig, Beschwerde zu erheben und bitten unsern Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Derbürgermeister Schneider: Die Stellung des Magistrats zu dem Antrag kann nur die sein, daß auf eine Beschwerde keinesfalls eingegangen werden kann. Ich halte eine Behandlung des Antrags im Plenum auch durchaus nicht für empfehlenswert. Er wird am besten erledigt durch Uebertragung zur Tagesordnung. Wir wollen nichts damit zu tun haben und können uns in keiner Weise auf den Boden des Antrags stellen. Ich erkenne an, daß Herr Landsberg sachlich und objektiv gesprochen und nur die Tatsachen geschildert hat. Wir können uns aber nicht darauf beschränken, nur über die Tatsachen zu reden, sondern wir müssen auch auf die Geschichte des betreffenden Sonntags zurückgehen. Ich habe, als die sozialdemokratische Presse von überalher den von der Polizei aufgebotenen Apparat als überflüssig bezeichnete, das Gefühl gehabt, als ob die Sozialdemokratie auf sich das Bild von dem "Kind, kein Engel ist so rein" oder dem "Lämmlein, das nie ein Wäffelein getraut" anwende. Ich bezweifle aber sehr stark, daß sie ein so unschuldiges Lämmlein gewesen ist, sondern fürchte, daß sie ein ganz andres Tier ist. Mir scheint, als ob die Sozialdemokratie die Rolle des Spigebuben, der da ruft: "Haltet den Dieb!" gespielt hätte. So soll hier das Polizeipräsidium der Dieb gewesen sein und soll für eine Sache verantwortlich gemacht werden, die von einer anderen Seite angereicht worden ist. Ich will keinem Bürger das Recht absprechen, Reformbestrebungen zu vertreten. Seit einer Reihe von Monaten aber, seitdem die russische Revolution ausgebrochen ist, wird mit allen zulässigen und unzulässigen Mitteln von der Sozialdemokratie eine ganz unverantwortliche Agitation getrieben. Nicht nur zwischen den Zeilen ist es in der sozialdemokratischen Presse zu lesen, sondern es wird direkt ausgesprochen, daß endlich auch einmal mit unserer Regierung "Russisch geredet", d. h. auf dem Wege der Gewalt etwas zu "verrichten" versucht werden müsse. Bei einer solchen Sachlage kann man es unserer Staatsregierung nur in hohem Maße danken, wenn sie alle Vorkehrungen trifft, um solche Bestrebungen im Keime zu ersticken. Ich glaube ja, daß von den sozialdemokratischen Herren hier im Saale keiner die Absicht hatte oder hat, auf der Straße zu demonstrieren. Sie sind aber doch nicht die Vertreter der Massen. Sie können uns doch keine Garantie bieten, daß nichts passiert. Das beweisen uns die Vorkommnisse in zwei deutschen Städten, in Dresden und in Hamburg. In Dresden hat es blutige Zusammenstöße auf der Straße gegeben und in Hamburg sind Läden geplündert und Häuser demoliert worden. Das Tollste, was hier passiert ist, gibt uns ein bezauberndes Zeugnis dafür, was dabei herauskommt. Soldaten Wob gibt es in jeder Stadt. Und wenn Monate vorher gepredigt wird, auf die Straße zu gehen, welche Garantien haben wir denn, daß es nicht auch einmal

geschicht? Welche Garantie haben wir, daß diese Massen in Magdeburg nicht dasselbe tun, unsere Stadt mit Schand bedecken und sie in finanzielle Schwierigkeiten stoßen dadurch, daß die Gemeinde den Schaden ersetzen muß, der bei solchen Auftritten entsteht? Täglich und stündlich sind die Demonstrationen gepredigt worden; was nützt es da, wenn nachher gesagt wird, man wolle sie gar nicht? Bei solchen Zuständen wird endlich die Langmut und die Geduld erschöpft und diejenigen Mittel, die geeignet sind, dem entgegen zu wirken, müssen in aller Schärfe angewandt werden. Und da kann ich nur sagen, daß unsere Polizei nur ihre Schuldigkeit getan hat. Und wenn hier und da ein Unschuldiger dabei betroffen wurde, wenn einmal weiter gegangen ist, als anstrengend nötig, so ist das ganz einseitig. Das berührt absolut nicht die Grundfrage der Sache. Es wäre doch geradezu eine Unannehmlichkeit der Behörden, wenn sie gegen diese Bestrebungen nicht einschreiten würden. Es wäre geradezu unerhörte, wenn sie das unterließen. Das würde heißen, die Geister erst heraufbeschwören, die niederzuhalten bis jetzt noch genügt ist. Wer will die Verantwortung übernehmen wenn die Polizei auf eine Beschwerde von uns hin schließlich in solchen Fällen nichts mehr unternimmt und es käme zu einer Katastrophe? Müßten wir hier, der Magistrat und die Stadtverordneten, uns nicht die Schuld bemessen? Ich bin überzeugt, der Antrag der Herrn Sozialdemokraten wird nimmermehr eine Mehrheit finden. Einen solchen Beschluß werden Sie nicht fassen. Aber wenn er gefaßt würde, der Magistrat würde ihn unter keinen Umständen zur Ausführung bringen. Wir haben die Staatsgewalt zu stützen und sind ihr für ihr Vorgehen den lebhaftesten Dank schuldig.

Der Vorsitzende teilt mit, daß ein Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung, unterzeichnet von den Stadtv. Demar, Gähme, Fischer, Mohland, Schag und 22 Genossen eingegangen ist.

Stadtv. Stern: Kollege Landsberg hat gesagt, daß sich die Arbeiter trotz der lästigen und empörenden Abspernungen ruhig verhalten haben. Umgekehrt wird es richtiger sein. Sie waren ruhig, weil eben alle Vorkehrungen gegen Unruhen getroffen waren. Wir sind hier nicht in einer politischen Versammlung, ich will mir daher eine gewisse Beschränkung auferlegen und nicht die Entschlüsse unternehmen, die die Sozialdemokraten zu ihren Demonstrationen veranlassen haben. Unzweifelhaft ist, daß die russische Revolution einen ungeheuren Einfluß auf die deutsche Sozialdemokratie ausgeübt hat. Am 24. Dezember 1905 brachte die sozialdemokratische "Vorwärts" eine internationale Kundgebung, einen Aufruf, der auch von deutschen Sozialistenführern unterzeichnet war und in dem zu Solidaritätskundgebungen für die russische Revolution aufgefordert wurde. Der Aufruf spielte in der Parole, wünschlich Unzüge zu veranstalten und schloß mit den Worten: "Es lebe die internationale Sozialdemokratie!" (Wortlaut b. d. Soz.) An Stelle der Verherrlichung der Revolution mag man nun in Preußen offiziell die Bekämpfung des Wahltreffs zum Abgeordnetenhause gesetzt haben. Das ändert aber nichts an der Sache. Es ist Pflicht der Staatsbehörden, jeden Versuch der Auflehnung im Keime zu ersticken. Der Sozialdemokratie muß zu Gemüte geführt werden, daß sie an Selbstüberhebung leidet und daß die Idee, der preussische Staat könne in Vergleich mit den vorerwähnten Zuständen in Rußland gestellt werden, ein schwerer Irrtum ist. Da muß mit eiserner Faust dazwischengeführt werden. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie müssen wie an einem ehernen Felsen zerstoßen. Die Polizei mußte für Verhütung sorgen. Das Publikum war in der Tat beunruhigt. Ich selber habe stehende beruhigende Worte geredet, obwohl nicht ohne Grund Unruhe vorhanden war. Ich bin überzeugt, die Herren Sozialdemokraten hier unter uns und die intelligenten Führer der Sozialdemokraten sehen jeder Gewalttätigkeit fern. Aber die Führer haben die Gefährten nicht immer in der Hand. Ihnen entgleiten die Fäden. Das ist ein halbes schweres. Monatelang ist eine Beweiskundgebung der russischen Revolution und der Macht der Massen getrieben worden. Wenn die Grenze erreicht ist, dann gibt es kein Halt mehr, dann lassen sich die Massen nicht mehr überzeugen, daß man gar keine Gewalttätigkeiten beabsichtigt habe. In solchen Zeiten ist dann mit einem Male der Konflikt da, ohne daß man weiß, woher er gekommen ist. Die Urheber der Unruhen in Hamburg sucht die Sozialdemokratie von sich abzuschießen und ich glaube, mit Recht. Aber neben dem Oberstrom der anhängigen Arbeiter gibt es einen Unterstrom, den die Ballonmühle charakterisiert. Das ist der Wob, der sich der Fatsche freut und dann so recht in seinem Elemente ist. Die Leute können Sie nicht halten.

## Im Magdeburger Gerichtsgefängnis.

VI.

### Neue Einrichtung.

Mit sehr gemäßigten Gefühlen wurde von den Gefängnisinsassen vor einigen Monaten eine Maßnahme der Gefängnisverwaltung entgegengenommen, die stark an Zuchthaus erinnert. Die Gefangenen erhielten nämlich eines Tages durch den Wärter ein ovales Blechgeschloß zugesteckt, das auf einer Seite die Zellennummer, auf der andern einen Haken hat, womit es in das obere Knopfloch der Jacke oder bei Insassen, die ihre Kleidung tragen, im Rock eingehakt werden kann. Diese Nummern müssen die Häftlinge ohne Ausnahme in der Freizeit und beim Kirchgang anlegen. Im letzteren Falle wird die Nummer so an die hintere Wand des Stuhles in der Kirche gesteckt, daß sie von den aufsichtführenden Aufsehern gesehen werden kann. Es wird damit bezweckt, daß bei Begehung irgendwelcher Ungehörigkeiten, wie Sprechen oder Zeichengeben, der betreffende Wärter sich nur die Nummer zu merken braucht, um den oder die Uebeltäter später zur Anzeige bringen zu können. Diese Einrichtung, die sonst nur in Zuchthäusern üblich ist, soll, wie Eingeweihte versichern, nur im Magdeburger Gerichtsgefängnis existieren. Sie ist auch eine von den vielen Maßnahmen, die wohl verbittern, Groll erzeugen, aber nicht den „gefällenen“ Menschen zu erheben und ihn mit feinstem Schicksal auszuüben imstande sind.

### Nachtuhr. Lazarett.

Ist also der Tag reich an Qualen und Verdrießlichkeiten aller Art, so ist es die Nacht nicht minder. Schuld daran trägt die unglückselige Lage des Gefängnisses. Wer da hofft, durch einen erquickenden Schlummer möglichst schnell die Nacht überwinden zu können, erfährt eine arge Täuschung. Die an zwei Seiten des Gefängnisses vorbeiführenden Eisenbahnlinien, zu denen als dritte noch die bis 12 Uhr nachts in Betrieb befindliche elektrische Straßenbahn hinzukommt, bilden die Ursachen so mancher schlaflosen Nacht für die Häftlinge. Da ein Gefangener ein sehr feines Ohr für jedes außerhalb seiner stillen Klause wahrnehmbares Geräusch hat, so bildet das ewige Pfeifen und Rauchen der des Nachts auf den benachbarten Eisenbahnlinien den Rangierdienst verziehenden Lokomotiven eine wahre Höllequal für den sich ruhelos auf seinem harten Lager herumwälzenden Sträfling. Die ganze

Nacht hindurch tönen in Interballen von halben oder ganzen Minuten die Signalpfeife der Lokomotiven, die man im Gefängnis infolge seiner Bauart so deutlich hört, wie in der Zelle das Ticken der im Innern des Hauptflügels angebrachten Gefängnisuhr. Für die armen Insassen des direkt an den Braunschweig-Gefängnisterritoriums grenzenden Gefängnisazaretts ist die Wirkung dieser nächtlichen Störungen, die durch das Vorüberfahren einiger D-Züge noch um vieles erhöht wird, um so größer, da ein Teil der darin befindlichen Kranken dort Heilung von ihrer im Gefängnis erkrankten Nervosität suchen.

Einer von diesen teilte dem Verfasser nach seiner Entlassung mit, daß die Patienten bei dem Vorbeidonnern dieser Schnellzüge förmlich in den Betten hoch fliegen. Von einer Heilung kann also bei diesen mehr als anormalen Zuständen beim besten Willen keine Rede sein. Wenn das Lazarett mit jenen dem Gefängnis mitten im Krupp-Gruppenwerk erbaut worden wäre, hätten die Insassen tatsächlich mehr Ruhe des Nachts als an dieser unglückseligen Stelle an der Halberstädterstraße.

Der am 11. April vorigen Jahres aus diesem Lazarett erfolgte Ausbruch des Arbeiters Satrieda und zweier Genossen ist also sehr erklärlich. Der Wunsch nach etwas wirklicher Ruhe soll das bestimmende Moment gewesen sein.

Der Vollständigkeit wegen wollen wir noch mit einigen Worten der

### Sprechzelle

gedenken; nämlich jenes Raumes, wo den Anverwandten der Gefangenen Gelegenheit gegeben wird, mit diesen bei einem von der Staatsanwaltschaft gestatteten Besuch einige Worte zu wechseln. Der erste Anblick, den eine ihren dort inhaftierten Gatten oder Bräutigam besuchende Frau oder Braut erhält, muß geradezu ein niederschmetterndes sein. Während in den meisten Gefängnissen die sich Besuchenden nur durch einen schmalen Gang, worin sich der Wärter befindet, getrennt sind, sich aber sonst frei gegenüber befinden, befindet sich hier der Häftling hinter einem eugmaförmigen doppelten Drahtgitter, zwischen dem zum Ueberflut sich noch ein starkes Eisengitter befindet. Was da Kinder und Frauen empfinden, die ihrem Vater und Gatten einen Besuch abstaten, läßt sich nur ahnen, aber nicht schildern. In den meisten Fällen werden die wenigen Minuten, die zu dem angegebenen Zweck zur Verfügung stehen, durch Ausbrüche des heftigsten Schmerzes

ausgefüllt. Statt der so notwendigen gegenseitigen Trostspendung gehen beide Teile schwermütiger als sie gekommen voneinander, einen zweiten Versuch nach Möglichkeit vermeidend.

Auch sonst gibt es in diesem düstern Gebäude der

### Schreckenstößen

so manche. Tobs- und Wahnsinnsanfälle als direkte Folgeerscheinung der Isolierhaft sind verhältnismäßig häufig. (In der ersten Hälfte des Januar drei Fälle.) Das durch das ganze Gefängnis gellende Schreien derartiger Unglücklicher bringt die gefangenen Insassen in eine fürchterliche Aufregung. Man hört und ahnt nur das Gräßliche, was sich dabei in nicht allzu großer Entfernung abspielt. Ein kurzes Hasten der nach der Zelle eines solchen Unglücklichen hinstehenden Aufseher; ein gegenwärtiges Fragen „Wo ist das?“, dann noch einige durch Markt und Wein gehende Anstürme, und der Unglückliche ist in einer der Beobachtungszellen des Lazarettts verschwunden. Die Wirkung derartigen Vorkommnisse ist selbst für einen gesunden Gefangenen so nachteilig, daß man mehrerer Tage bedarf, um sich von der erhaltenen Aufregung wieder zu beruhigen. Hier wäre es Sache des Gefängnisarztes, daß er den meist noch jugendlichen Aufsehern eingehende Instruktionen erteilt, wie sie sich bei derartigen Verzweiflungsausbrüchen zu verhalten haben. Wohl mag es vorkommen, daß raffinierte Verbrecher zu diesem Mittel greifen, um durch das Spielen des „wilden Manns“ in eine Irrenanstalt und von dort leichter in die Freiheit zu kommen, in den meisten Fällen wird es sich aber um Unglückliche handeln, deren Irrensinnsanfälle die Folgen der nervenzerrütenden Einzelhaft sind. Wer ein offenes Auge für die Gefängnisirrenna hat, kann jederzeit beobachten, welche Verwirrungen die streng durchgeführte Isolierhaft an Geist und Körper der Insassen anrichtet. Junge kräftige, vor Gesundheit strotzende Männer bekommen in ganz kurzer Zeit ein erdfahles Aussehen. Kommt hierzu eine zurückgebliebene geistige Entwicklung, dann dauert es nicht lange, und die ersten Spuren des Idiotismus machen sich bemerkbar. Selbst starke Naturen wehren sich verzweifelnd gegen diese Anfechtungen. Ein paar verständige Worte von den Gefängnisbeamten können in solchen Momenten Wunder wirken. Leider hat die Mehrzahl der noch jugendlichen Aufseher für das Seelenleben der ihnen unterstellten Gefangenen nicht das leiseste Verständnis.



# Inventur-Räumungs-Verkauf!

## Große Preis-Ermäßigung

in Winterschuhwaren, Gummischuhen, Ballschuhen etc.

Solange die Vorräte in unserm Fabriklager in Strausberg reichen.

Von den ausserordentlichen Vorteilen einige Beispiele

2590

Damen-Lacktuch-Tanzschuhe mit Spange	1.58
Damen-Ballschuhe blau, weiß, rot, gelb	1.48
Damen-Glacedleder-Spangenschuhe weiß	2.50
Filz-Schnallenstiefel	Damen 2.45 Herren 2.85
Kinder-Filz-Schnallenstiefel	Filz- und Ledersohle, mit und ohne Lederpiglappe
	19-24 1.25    25-26 1.18 und 1.50    27-29 1.80



Damen-Lederhausschuhe mit Filzfutter, Ledersohle und Fled. **2.65**

### Gummischuhe

Kinder	Mädchen	Damen	Herren
1.35	1.65	1.95	2.95

Kinder-Filz-Ohrenschuhe mit Lederfelle, Filz- und Lederfelle . . . . . **98** Pf.

Plüschpantoffel . . . . . **78** Pf.

Melton-Pantoffel mit Filzsohle und Fled  
Kinder 58 Pf. Damen 78 Pf. Herren 98 Pf.

Damen-Filzhausschuhe mit Filz- und Spaltlederfelle . . . . . **98** Pf.

Mädchen-Filzschuhe  
Plüschsohle Filz- u. Lederfelle  
27-29 1.18    30-35 1.38



# Max Jack

Bedeutendste Schuhwarenfabrik  
in Strausberg.

Magdeburg, 56 Breiteweg 56.

**? Wo herrscht Keuchhusten ?**  
Zypressenöl, bestes Mittel gegen Keuch- und Stiekhusten.  
Herr Geheimrat Prof. Dr. Söltmann, Direktor des Leipziger Kinderkrankenhauses, verwendet dasselbe seit Jahren ausschließlich bei Keuch- und Stiekhusten und hat sowohl bei älteren als auch bei jüngeren Kindern nur gute Erfolge erzielt.  
Nur erhältlich in Flaschen à M. 1.—; in Magdeburg und Vororte sende frei ins Haus, nach auswärts prompt gegen Nachnahme.  
Nur echt zu haben in der „Neue Drogerie“, Bruno Bietich, Magdeburg-N. N. Sobepfortstr. 46, Ecke Moldenstr. Fernspr. 3691.

Die **Lederhandlung** von **Gustav Mörig**  
Sudenburg, Halberstädterstrasse 52 2383  
Telephon 4199 empfiehlt ihren bewährten Telephon 4199  
Sohlenauschnitt, Kernledertafeln, Schuhmacherwerkzeuge und -artikel, Pantoffelhölzer und Leder, Schuhcreme, Wische, Lederfett, Schürzenleder.  
Sehr vorteilhaft für Wiederverkäufer. Zusendung schnellstens.

Schulartikel empfiehlt die Buchhandlg. Volksstimme

**Theater- u. Masken-Garderobe-Verleih-Institut**  
von **Otilie Valentin**, früher C. Thumann  
Peterstrasse 9. 2391

**kauf man am besten!**

## Allen Qualitäts-Rauchern

empfehlen wir unsere berühmte **Pflanze No. 11**, kräftige, kernige Qualitäts-Zigarra, aus den edelsten ausländischen Tabaken gefertigt, reifbraune bis dunkle Farbe. Vorzüglich im Geschmack und Brand. Machen Sie einen Versuch, schon vom Dutzend ab Fabrik-Mille-Preis.

**No. 11** kostet à St. 6 Pf., Dtzd. 50 Pf., 100 Stk. in Papier-Pack. Mk. 4.—, Mille 40.—, 1/10 Kist. (100 St.) Mk. 4.10, 1/4 Kistch. 250 Stk. 10.—

Ausserdem empfehlen unsere reiche Auswahl anderer Sorten in jeder Geschmacksrichtung und Preislage, hochfeine Mexiko, Vorstenden, Sumatra, Brasil, Havanna, immer vom Dutzend resp. 100 Stk. an zu Fabrik-Mille-Preisen.

**Rauchtabake:**  
Meissner-Tabak, mild und gut, in 1/4 Pfund-Tüten à 10 Pfg., Zigarren-Abfall 1 Pfund 60 Pfg., Pastoren-Tabak 1 Pfd. 80 Pfg., Mischungen bis zu 2 Mk. pro Pfd.

Tabak- u. Zigarrenfabrik  
**Paul Meissner & Co.**  
Hauptgeschäft: Schrottdorferstrasse 12  
2. Geschäft: Breiteweg 253, nahe am Hasselbachplatz  
3. Geschäft: Sudenburg, Halberstädterstrasse 117.

Man verlange

**! Ehrliche !**  
Gente erhalten Taschenuhren und Ketten sowie moderne Zimmer-Uhren Regulatoren und Weder auch auf Teilzahlung. 3 Jahre Garantie. Kl. Anzahl. Abzahl. p. Woche 1 Mt. an. Trotz Abzahlung keine höher. Preise. Reparaturen billig. Bestenfalls auch nach außerhalb. Bestimmung per Postkarte genügt.  
Uhrenhandl. Magdh.-Neustadt 2632 Nikolaistraße 4.

**Schuhwaren!**  
Billig! Billig!  
Herren- u. Damenstiefel, Stiefelketten, Turn-, Strand- u. Kinderschuhe, Pantoffel, auch aus Konturmassen stamm. Waren  
Nur Neustadt, Schmidtstr. 44.

**Konfirmanden - Anzüge**  
in sehr großer Auswahl in Tuch, Kammgarn, Cheviot  
zu 6.50 7.50 9.25 10.50 13.50 15 bis 22 Mk.

## Gustav Biernath

Schartauerstr. 49 Burg Ecke Magdeburgerstrasse  
Jeder Konfirmand erhält ein kleines Geschenk.

Berufs- und Arbeiterkleidung nur eigener Konfirmation

## Trau schau wem!

Großes Lager in Leib- u. Plättwäsche, Schlipsen, Handschuhen, Güten und Mützen, Chapeau claque

Meine geehrte Kundschaft von Burg und Umgegend bitte ich ganz ergebenst, sich nicht durch die leider gerade jetzt gemachten unklarerer Schleuder- und Schundangebote beeinflussen zu lassen, weil diese Angebote nur dazu dienen, leichtgläubiges, kaufstüchiges Publikum anzulocken und den realen Geschäftsmann zu ruinieren. Weder gibt es ein gutes Popband für 1 Pfennig noch ein haltbares Kindertrikot für 9 Pfennig, sondern

**Nur das Gute bricht sich Bahn!**

Von diesem Grundsatz ausgehend, habe ich bei meinem jüngsten großen Frühjahrskauf enorme Abschlässe in Kleiderstoffen, Herren-, Damen- und Kindergarderoben, Wäsche, Weißwaren, Bettzeugen, Ketten, Tischzeugen, Seidenstoffen, Kurz-, Weiß- und Wollewaren gemacht, welche es mir ermöglichen, **konkurrenzlos billig** zu verkaufen.

**Grundprinzip: Dankbar beste Qualitäten! Riesig grosse Auswahl! Enorm billige Preise!**

Zur Konfirmation empfehle mein riesig großes Lager in Kleiderstoffen in den neuesten Farben von den billigsten bis zu den allerfeinsten Sachen. **Konfirmanden-Anzüge** nur aus guten Kammgarnen verarbeitet, von 9 Mt. an bis zu den feinsten Sachen bei feinsten Verarbeitung u. tadellosem Sig. **Konfirmanden-Hüte** Formen, gute Qual., billige Preise. Ich bemerke ausdrücklich, daß derartige billige Konkurrenzangebote nur auf Kosten der Qualität gemacht werden, und nur dazu dienen, leichtgläubiges Publikum zu täuschen. Gerade der Arbeiter dürfte derartige Schleuderangebote unberücksichtigt lassen, damit er nicht für sein schwer und teuer verdientes Geld unhaltbare Sachen erhält und nicht Sachen ohne Wert kauft.

**Fahrräder, allerbestes Fabrikat** 5 Jahre Tragkraft garantiert, von 75 Mt. p. Stück an. Bestes Patent-Doppelglockenlager, gefeilt, geschliffen, volle 2 Jahre Garantie. Denkbar leichtester Lauf, nicht zu verwechseln mit minderwertigen Fabrikaten.  
Bitte genau zu prüfen und sich von der Wahrheit zu überzeugen.

**Burg || Berliner Warenhaus || Burg**  
31 Markt 31    Inh.: Emil Krenzendorf    Ecke Zerbststr.  
Lieferant für das Jäger-Bataillon Graf York in Kriegsjahren.







# Konfirmanden- und Prüfungs-Anzüge

kaufen Sie am besten und billigsten in dem

**Jakobstrasse 50 Kaufhaus Max Zehden Jakobstrasse 50**

Inhaber: Eugen Singer.

**Anfertigung nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz.**  
**Enorme Auswahl von Herren-, Jünglings- und Knaben-Garderobe!**  
**Arbeiter- und Berufs-Bekleidung für alle Gewerkschaften!**  
 Unübertroffen in Haltbarkeit und Qualität ist meine Leder-Hose Marke „Eisenfest“, Preis 4.35 Mk.  
**Riesige Auswahl! Billigste Preise! Streng reelle Bedienung!**

Jeder Konfirmand erhält einen eleganten Hut gratis.

## Gross-Ottersleben.

Der **Gross-Ottersleber Athleten-Klub**  
 veranstaltet am **Sonntag den 25. Februar** seinen diesjährigen  
**Maskenball.**

Für Unterhaltung und vollständig neue Aufführungen ist bestens  
 Sorge getragen und ladet zum Besuch freundlichst ein  
 Der Vorstand.

**Nur kurze Zeit!**

**III. Magdeburger Saison.**

Nur Produktionen ersten Ranges. Täglich neues Programm!

# Circus Sarrasani

**Magdeburg, Circusgebäude**  
 an der Königstrasse.

Grösster, elegantester Wander-Circus Europas!  
 (Nicht zu verwechseln mit andern Unternehmen.)

**Sonnabend den 24. Februar 1906, abends 8 Uhr**

## Gala-Première

mit sensationellem, hochinteressantem Programm.

**Preise der Plätze:** Logensitz 2.10 Mk., Sperrsitze  
 (num.) 1.55 Mk., Tribüne (num.)  
 1.55 Mk., 1. Rang 1.05 Mk., 2. Rang 65 Pf., Galerie 35 Pf.

Zu den Nachmittags-Vorstellungen zahlen Kinder unter  
 10 Jahren u. Militär vom Feldwebel abwärts (ausser Galerie)  
 die Hälfte. — In den Abend-Vorstellungen volle Preise.  
**Billet-Vorverkauf** täglich von 10 Uhr ab an der  
 Circuskasse sowie in der Zigarrenhandlung des Herrn  
**C. Jacobs, Ulrichsbogen.** — Programme à 10 Pf. sind  
 im Circus zu haben. — Einlass eine Stunde vor Beginn  
 jeder Vorstellung. — Das Mitnehmen von Hunden in  
 den Circus ist strengstens untersagt. — Die Billetts sind  
 nur zu der Vorstellung gültig, zu welcher sie gelöst  
 werden und wird für gelöste Billetts kein Geld zurück-  
 erstattet. Vorzüglich eingerichtetes Buffet im Circus.  
 Hochachtungsvoll

**H. Stosch-Sarrasani, Direktor u. alleiniger Besitzer.**  
 Ritter des kaiserl. persisch. Löwen- u. Sonnen-Ordens.

**Nur kurze Zeit! Nur kurze Zeit!**

Tägl. abends 8 Uhr: **Sensationelle Vorstellungen.**  
**Sonntag d. 25. Februar u. Mittwoch d. 28. Februar je**

## 2 Vorstellungen 2

— nachm. 4 und abends 8 Uhr —

Zu den Nachm.-Vorstellungen zahlen unter 10 Jahren alte **Kinder halbe Preise**

Der gesamte Circus wird vor jeder Vorstellung gut geheizt.

## Schuhwaren-

**Ausverkauf**  
 zu und unterm Selbstkostenpreis  
**E. Kaulfuss, Schuhwaren-  
 Lager**  
 Neustadt, Luisenstraße 4.

## 100 Kisten Sprotten

die Kiste ca. 4 Pfd. 90 Pf.  
 das Pfd. nur 30 Pf. 2724

## Frische Bücklinge

Sonnabend **Grüne Herlinge**  
 früh:

## Butterhandl. Edelweiß

Halberstädterstr. 40

## Schreibhefte

empfiehlt die  
 Buchhandlg. Volksstimme.

## Wagners Butterhalle

M.-Sudenburg  
 10 Rottersdorferstr. 10

## Feinste Molkerei-Genossenschafts-Butter

empfiehlt 2768  
 a Pfund **ML 1.25 netto.**

## Mehrere Stellmacher

tüchtige **Stellmacher**  
 selbständige **Haftmacher**  
 finden bei **Ludwig Kathe & Sohn**  
 Halle a. S. 31200

## Großer Preis-Skat

Das eingezahlte Geld kommt voll  
 und ganz unter den Spielern wieder  
 zur Verteilung. Außerdem erhält  
 der schlechteste Spieler einen Trost-  
 preis im Werte von 2 Mark.  
 Hierzu ladet freundlichst ein

## Rob. Seemann

Weinbergstr. 27. 1090

## Morgen Sonnabend

## Großer Narrenabend

Ergebnis ladet ein 1089

## Stephan Glade

Wasserfontänestr. 10.

## Sonnabend Preis-Skat

u. Sonntag: **Geldpreise.**  
 Ergebnis ladet ein 2760  
**Aug. Marosky, Schmidstr. 10a.**

## Lemsdorf

## Restaurant zur Erholung

Sonntag den 25. Februar  
**Gr. Preis-Skat**  
 Anfang des Spiels 6 Uhr.

## Stadt-Theater.

Sonnabend den 24. Februar 1906.  
**Der Helfer.**

## Wilhelm-Theater.

Sonnabend den 24. Februar 1906.  
**Bis früh um fünf.**  
 Sonntag den 25. Februar 1906  
 nachmittags 3 1/2 Uhr bei fl. Preisen  
**Bis früh um fünf.**

Abends 7 1/2 Uhr  
 Auf vielseitigen Wunsch!  
**Fatinha.**

## Walhalla

Das großartige  
**Riesenprogramm**

**10 Attraktionen 10**

Abendlich stimmungsvoller Erfolg!  
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr

## Bremers Konzerthaus

Leipzigerstraße 62  
 Heute und folgende Tage (auch Sonntag)  
 großen Saale

## Metropol-Ensembles

welches bisher im Zirkus auftrat, unter persönlicher Leitung  
 und Mitwirkung des Direktors **Max Samst.**

## Der Mann mit der eisernen Maske

oder: Die Geheimnisse eines Königshauses  
 Großes historisches Sensationsstück in 5 Akten (7 Bildern)  
 von Lehren.

Tausende Male aufgeführt in allen Staaten!  
 Vorverkauf bei Jacobs, Ulrichsbogen, u. i. „Konzerthaus“.

Preise der Plätze zur Abendvorstellung: 1. Rang 25 Pf.  
 Parterre 55 Pf., 1. Parterre 75 Pf.

## Der Rattenfänger von Hameln

Zauberstücke in 7 Bildern.  
 Erwachsene zahlen auf allen Plätzen 20 Pf., Kinder 10 Pf.

Morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr  
**Volks-Vorstellung**  
**Die Räuber.**

Trauerstück in 5 Akten von Friedrich von Schiller.  
 Preise zu dieser Vorstellung: 1. Rang 20 Pf., 2. Parterre  
 30 Pf., 1. Parterre 40 Pf.

## Georg Winters Gesellschaftshaus

Magdeburger-  
 straße 80  
 Sonnabend den 24. Februar 1906

## Grosser Narrenabend

der Turnerschaft Magdeburg (A.-G.), Abteilung Alte Neustadt  
 Gäste können nur durch Mitglieder eingeführt werden.  
 Das Komitee.

## Tanz

Sonntag den 25. Februar sowie jeden Sonntag  
 Ergebnis ladet ein **Georg Winter.**

## Achtung! Gr.-Salze. Achtung!

Sonnabend den 24. Februar, abends 8 Uhr  
**Oeffentliche Metallarbeiter-Verammlung**  
 in „Stadt Hamburg“.

Thema:  
**Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter und die  
 Interessenvertretung der Arbeitgeber.**  
 Referent: Kollege August Flügge aus Magdeburg.  
 Das Erscheinen sämtlicher Metallarbeiter ist Ehrenpflicht.  
 Die Ortsverwaltung.

# Konsum-Verein Neustadt

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

**Montag den 5. März 1906, abends 8 1/2 Uhr**  
 im „Luisenpark“, Spielgartenstraße Nr. 1c

## Ordentliche Generalversammlung

für das erste Vierteljahr 1906.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht für das Jahr 1905.
2. Bericht des Aufsichtsrats über die Prüfung der Jahresrechnung, Entlastung des Vorstandes, Genehmigung der Bilanz und der Jahresrechnung.
3. Festsetzung der Rückvergütung für das Jahr 1905.
4. Anschluss an den Internationalen Genossenschaftsbund.

Der Zutritt zu der Versammlung ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Recht zahlreicher Besuch erwartet

**Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins Neustadt**  
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
**Chr. Dressel, Vorsitzender.**

# Brand-Ausverkauf

Von den durch Feuer, Wasser und Rauch beschädigten Waren sind noch große Posten Herren-, Burschen- und Jünglings-Anzüge sowie einzelne  
 Posten Knaben-Anzüge vorhanden. Das Lager soll auf jeden Fall zu jedem annehmbaren Preise geräumt werden.  
**Leibchenhosen à 1.05 ML Einzelne Westen zum Aussuchen à 1.60 ML Großer Posten Stoffhosen zum Aussuchen à 2 ML.**

**Grosse Auswahl in Konfirmanden-Anzügen**

**Heinemann & Patermann Magdeburg, Breiteweg 129**  
 Ecke Sandstrasse Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe . .

\* Petersburg, 22. Februar. In den baltischen Provinzen wurden bis jetzt 250 Personen hingerichtet. Die Kolonne des Generals Wefobrasow hat an 22 Personen die Todesstrafe, an 883 Personen körperliche Bestrafungen vollzogen, ferner vier Bauerngehöfte eingeebnet sowie 600 Waffen vernichtet.

\* Dössa, 22. Februar. Aus Sebastopol wird über eine gewaltige Bewegung unter den Hafenarbeitern berichtet, die für die ersten Tage des Schmitt-Prozesses den Ausstand erklärten, sowie über neue Unruhen in der Flotte.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 23. Februar 1906.

### Polizeifromme Stadtväter.

Die Behandlung des sozialdemokratischen Antrags wegen der Straßenabsperrungen am roten Sonntag im Stadtparlament, wovon unsere Leser in der Beilage einen ausführlichen Bericht finden, zeigte aufs neue den agitatorischen Wert der Polizeiaktionen für die Sozialdemokratie. Im Saale waren wohl sämtliche Stadtväter anwesend, die Galerien waren bis auf den letzten Platz gefüllt und am Magistratsklub sah man eine Anzahl unbeförderter Stadträte, die in Stadtväter-Sitzungen seltene Gäste sind. Sie alle kamen auf ihre Rechnung. Die bürgerliche Mehrheit bewies, daß ihr an polizeilichtiger Gesinnung nichts, aber auch gar nichts mehr fehlt, die Galeriesbesucher erlebten einen großen Tag. Die Polizei erhielt ein Vertrauensvotum und die Sozialdemokratie! Ja, die darf im Grunde genommen ihr allerzürstendstes Gesicht aufsteden. Denn das, was sich da gestern im Stadtparlament abspielte, war doch nur Wasser auf ihre Mühle.

Die bürgerliche Stadtvätermehrheit hatte ihren Plan vorher schon abgekartet. Den Antragsteller mußten man reden lassen. Das war nicht zu vermeiden. Dann sollte der Oberbürgermeister Schluß der Debatte empfehlen, aber eine kräftige Abgabe an die Sozialdemokratie richten und nach ihr konnten dann noch zwei Redner aus der Versammlung — so will es die Geschäftsordnung — das Wort erhalten. Darauf erfolgte der Debatteeschluß, der die Sozialdemokraten mundtot machte. Der Plan war ganz schön ausgeheckt, er ließ nur eins außer acht. Das nämlich, daß Antragsteller das Recht haben, das Schlußwort zu verlangen. Wollte man die Mundtotmachung der Sozialdemokraten durchzuführen, dann konnte dieses auf geschäftsordnungsmäßigem Wege nicht geschehen. Nur durch den Bruch der Geschäftsordnung war es möglich, der Sozialdemokratie das Schlußwort zu rauben. Und man brach die Geschäftsordnung, machte die Opposition nicht nur mundtot, sondern vergewaltigte sie noch oben. In. Das paßte ja auch so gut zu den Vorgängen, die zu der Erörterung die Veranlassung gegeben hatten, zu der Art und Weise, wie man den Antrag besprach und zu dem Notau vor der Polizei, den sich die Stadtvätermehrheit leistete.

Genosse Landsberg hatte den Antrag ruhig und sachlich begründet, es streng vermeidend, politische Erörterungen mit seinen Ausführungen zu verbinden. Ihm folgte der Oberbürgermeister Schneider. Der Mann soll 11 000 Mark Pension erhalten, ohne rechtlichen Anspruch darauf zu besitzen, weil er krank ist. Mag sein, daß seine Fähigkeiten nicht mehr ausreichen, um die Geschäfte eines Oberbürgermeisters weiterzuführen; wenn er aber Scharfmacherreden halten kann, wirkt das offenbar so belebend auf ihn ein, daß die Wirkungen seines krankhaften Zustandes überwunden werden. Der Redner wie er gestern die Polizei verteidigte, über die Sozialdemokratie unsäglich Ueberheiten und eine Reihe Unwahrheiten in den Saal schmettete und das Gespenst der roten Revolution an die Wand malte, wird der zukünftige Aufsichtsrat der „Wilhelma“ auch nicht sein können, wenn die Aktionäre einmal wegen zu niedriger Dividende Klage führen sollten. Man sollte den Mann zum Herrenhausmitglied auf Lebenszeit ernennen. Er wird es sicher schon bisher recht unangenehm empfunden haben, daß ihn die alte Tradition in die Oberbürgermeisterfraktion verweist, während Herz und Verstand ihn doch in die nächste Nähe der Scharfmacher Mirbach und Mantelsohn locken. Und der „Wilhelma“ würde es wohl auch nicht schaden, wenn sie ein leibhaftiges Herrenhausmitglied in ihrem Aufsichtsrat sitzen hätte.

Herr Schneider empfahl der „geehrten Versammlung“ sofort Uebergang zur Tagesordnung. Da er sicher ganz genau wußte, welche Absicht im Kollegium bestand, hätte ihn das einfachste politische Anstandsgefühl davon abhalten müssen, solche wüste Scharfmacherereien zu betreiben. Aber der Herr dankt ja der bürgerlichen Mehrheit dreitausend Mark Pension mehr als er gesetzlich beanspruchen darf und den Magdeburger führenden nationalliberalen Kreisen einen jettigen Aufsichtsratsposten, da ist es begreiflich, daß er auf einen guten Abgang bedacht ist.

Programmgemäß vertiefte die Sache dann weiter, als der Oberbürgermeister geendet hatte. Der schon vorher fertig gemachte Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung lief ein und dann erhielt Herr Stern das Wort. Er ist „Führer“ der bürgerlichen Mehrheit, was weniger für seine Qualitäten als gegen die Qualitäten der Mehrheit spricht und wiederholte, was der Oberbürgermeister gesagt hatte, nur ein wenig diplomatisch abgeklärter. Als zweiter Redner hatte die Mehrheit Herrn Raßbach bestimmt, weil sie auch einen „Freisinnigen“ zum Worte kommen lassen wollte. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß dieser Demokrat mit dem Vorgehen der Polizei ebenfalls einverstanden ist, wie Herr Stern und der Oberbürgermeister, wobei er übrigens mit den übrigen Freisinnshelden im Kollegium übereinstimmt, die sämtlich, einschließlich des Herrn Brönnemann, der sonst so gern den Oppositionellen spielt, für Uebergang zur Tagesordnung stimmten.

Genosse Haupt versuchte es nun, in einer Bemerkung zu Geschäftsordnung dem Vorredner zu antworten. Aber der gleichfalls in das Komplott eingeweihte Kommerzrent auf dem Präsidentenstuhl paßte genau auf. Er ließ keine Bemerkungen zur Sache zu und nahm auch keine Veranlassung, die Geschäftsordnung zu schützen, als Genosse Landsberg das Schlußwort verlangte. Der § 26 der Geschäftsordnung bestimmt zwar, daß bei selbständigen Anträgen die Antragsteller das Schlußwort haben. Da nicht gesagt ist, daß diese Bestimmung aufgehoben ist, wenn Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden, ist es sonnenklar, daß Genosse Landsberg das Schlußwort erhalten mußte. Aber es kommt der Mehrheit nicht darauf an, die Geschäftsordnung zu verletzen, wenn es gilt, Sozialdemokraten mundtot zu machen und die Polizei zu schützen, und so erfolgte denn die Vergewaltigung.

Als unsere Genossen gegen diesen Streich durch lebhaftes Zwischenrufen protestierten und Genosse Haupt besonders den Oberbürgermeister

der trotz seiner erkrankten Gesundheit fortwährend zwischenrufe machte und die Leitung der Geschäfte zu beeinflussen suchte, gebührendermaßen in die Schranken zurückgewiesen hatte, erhob sich Herr Stern — würdevoll wie man das bei ihm gewohnt ist — und kündigte eine Verschärfung der Geschäftsordnung und Einführung von Disziplinarstrafmitteln gegen unbotmäßige Stadtväter an. Der Polizeigefäß, den er so lebhaft verteidigt hat, soll also auch in der Geschäftsordnung noch mehr als bisher zum Ausdruck kommen.

Das Magdeburger Bürgerturn, das über die Polizeiregeln in seiner Mehrheit etwas anders denkt, wie seine Vertreter im Stadtparlament, mag sich nun mit diesen bei passender Gelegenheit auseinandersetzen. Im übrigen wird Sorge getragen werden, daß die Bevölkerung Magdeburgs doch erfährt, was die Sozialdemokratie über die Absperrungen und das ganze Magdeburger Polizeiregiment zu sagen hat.

Am 4. März wird ein Flugblatt verbreitet, das die Polizeimaßnahmen behandelt. Dazu sind einige tausend Verbreiter erforderlich. Wir denken, nach den gestrigen Vorgängen im Stadtparlament wird es an Flugblattverteilern am 4. März nicht fehlen. —

In der nichtöffentlichen Sitzung der Stadtväter wurde die endgültige Anstellung des Gasmeisters bei der städtischen Gasanstalt Emil Cremer als Gemeindevorstand auf Kündigung vom 1. April 1906 und die endgültige Anstellung des Fräulein Emma Behrens als Vorsteherin der weiblichen Abteilung des städtischen Arbeitsnachweises — Gemeindevorstandin auf Kündigung — vom 1. Februar 1906 ab genehmigt. Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung dazu, daß dem Dr. med. Fenneberg die Bezirksarztstelle im 4. Arztbezirk für die Zeit bis zum 31. März 1907 unter den üblichen Bedingungen und dem jetzigen Privatdozenten Dr. med. Keller die ärztliche Leitung der Milchsterilisierungsanstalt und die ärztliche Beaufsichtigung der Säuglinge aus den armen Familien übertragen wird. —

Wiedereröffnung der Schifffahrt. Die auf der Elbe Schifffahrt treibenden fünf Gesellschaften machen bekannt, daß sie den Wiederbeginn des Verkehrs auf Montag den 26. Februar cr. festgesetzt haben. Der gelinde Winter, verbunden mit stets offenem Fahrwasser, hat bekanntlich dazu beigetragen, daß die Schifffahrt in beschränktem Umfang den ganzen Winter über aufrechterhalten werden konnte.

Mit der Lohnbewegung der Schuhmacher bei Grünberg beschäftigte sich eine gut besuchte Schuhmacherversammlung, die am Mittwoch in der „Krone“ tagte. Genosse Haupt legte in einem ausführlichen Referat die Ursache der Massenklagen dar, worauf sich eine lebhafte Diskussion entspann, in der auch Vertreter der Firma Grünberg das Wort ergrieffen und das Vorgehen der Firma zu rechtfertigen suchten. Nachstehende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die heutige öffentliche Schuhmacherversammlung protestiert ganz entschieden dagegen, daß als Antwort auf eine eingereichte Lohnforderung ein Fabrikant mit der Kündigung sämtlicher Kollegen antwortet. Das Recht, eine Lohnforderung zu stellen, muß unter allen Umständen anerkannt werden. Die Versammelten sprechen den gesündigten Kollegen ihre Sympathie aus und verpflichten sich, im solchen Zuständen ein Ende zu bereiten, nur solche Kollegen und Kolleginnen betrachten zu wollen, die Mitglieder des Zentralverbandes der Schuhmacher sind.“

Als die Vertreter der Firma den Saal verließen, wurde von einem unermittelt gebliebenen Anwesenden der Ruf „raus“ gebrüllt. Vom Vorstehenden sowie von der Versammlung wurde das als höchst ungebührlich bezeichnet. Die Arbeiter müssen sich den anständigen Gegnern gegenüber anständig betragen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband schloß der Vortag die imposante Versammlung. —

Der Bauunternehmer Hoppe auf der Suche nach Arbeitswilligen. Im „Anhaltischen Staatsanzeiger“ befindet sich ein Inserat, in dem 20 Maurer zu sofortigem Eintritt nach Magdeburg gesucht werden. Pro Stunde sollen sie 55 Pf. erhalten. Meldungen sind im Gasthof „Stadt Magdeburg“, Dessau, Muldenstraße 22, zu machen. In diesem Gasthof hatte sich Hoppe einlogiert und wartete auf die Arbeitswilligen. Der Vorstand des Zweigvereins Dessau wußte schon, daß der Bau Hoppe gesperrt ist. In Dessau sind zurzeit noch viele Maurer arbeitslos, was auf Magdeburg noch in erhöhtem Maße zutrifft. Einige Dessauer Maurer nahmen die Arbeit an und gaben gleichzeitig ihre Papiere ab. Keineswegs bezahlte Hoppe, er verschwiegte aber den Leuten wohlweislich, daß sein Bau gesperrt ist. Als er gefragt wurde, ob die Maurer in Magdeburg so knapp seien, gab er zur Antwort: Ich will keine Magdeburger, ich will nur mit Dessauer arbeiten, weil ich die besser kenne. Hoppe hatte vor einigen Jahren in Dessau, bis er dort von dem Schicksal, das allen „Bauunternehmern“ seines Schlages befallen ist, errettet wurde. Nun hat er sich Magdeburg als neuen Wirkungsbereich ausgesucht, aber auch hier geriet er sofort in ernste Differenzen mit den Maurern und Bauarbeitern, die zur Arbeitseinstellung führten. Da nun bei so einem modernen Baumeister die Hintermänner nur dann Geld hergeben, wenn die Arbeit flott gefördert wird, mußte Hoppe schleunigst Erlaß an Arbeitskräfte heranziehen. Mit acht Maurern und fünf Bauarbeitern kam Hoppe von Dessau hier an. Aber seine Freude war von kurzer Dauer. Denn hier angekommen marschierten alle 13 Mann nach den Bureaus der Maurer und Bauarbeiter, wo ihnen der Sachverhalt erst auseinandergesetzt wurde. Ungehobener Entrüstung auf Seiten der Dessauer war das Resultat dieser Besprechung, hätten die Vertrauensleute nicht zur Ruhe gemacht, dem Hoppe wäre es jedenfalls handgreiflich klargemacht worden, daß man niemand ungestraft zum Lampen stempelt. Das Resultat dieser Hoppschen Suche nach Arbeitswilligen wird sein, daß Hoppe vom Gewerbeamt gezwungen wird, den Dessauer Maurern und Bauarbeitern außer dem Reisegelde auch den entstandenen Schaden zu vergüten. —

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hält am Sonntag den 25. d. M., vormittags 11 Uhr, im „Luisenpark“ eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche sich mit dem Verbandstag und andern sehr wichtigen Fragen zu befassen hat. (Siehe Inserat in der Donnerstag-Nummer.) Pflicht eines jeden Mitglieds ist es, pünktlich zu erscheinen und das Mitgliedsbuch mitzubringen. Ohne dieses gibt es keinen Zutritt. —

Ein geschäftsmäßiges Schließen mit scharfen Patronen findet am Montag den 26. Februar cr. im Gelände zwischen Dörsen, Diesdorf, Niederndörsen, Schwarzenleben und Ergleben von Truppen der hiesigen Garnison statt. Sämtliche Verkehrswege, die in dieses Gelände führen, sind von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr durch Posten gesperrt. —

Unfälle. Im Altkinder-Krankenhaus wurden aufgenommen: Die Arbeiterin Biette Ziesing, die sich an einer Maschine in der Schokoladenfabrik von Reinhardt hier das erste Glied vom Daumen der rechten Hand abgeschneitten hatte. Ferner der Baderlehrling Erich Feine, der mit einem Revolver spielte und sich hierbei den linken Zeigefinger quetschte. Im Sudenburger Krankenhaus fanden Aufnahme: Der Guppiger Herrmann Pöhlung aus Sudenburg, dem am Freitag vormittags in der Fabrik von Otto Gruson ein drei Zentner schwerer Anker aus dem rechten Fuß gefallen war. Ferner der Metallarbeiter Hermann Mayer aus Sudenburg, der sich in der Fabrik von Bolte die Schlagader der linken Hand durchschneit. —

Bei einem Stubendraub, der am Donnerstagabend gegen 7 1/2 Uhr im Hause Ulrichstraße 18 ausgebrochen war, mußte die Waise der Feuerwehr in Anspruch genommen werden. —

Stadttheater. Wegen heftiger Vorbereitung zu „Der Fels“ muß die Erbauung von „Der Fels“ auf Montag den 26. Februar

verlegt werden. Dafür gelangt heute, Sonnabend, „Mit Frevel“ zur Aufführung. —

Das Eintreffen des großen Virtuosen Sarrafani, dessen Vortrag mit den zahlreichen Künstlerinnen und dem umfangreichen Tiermaterial am Freitag den 23. Februar, vormittags 10 Uhr 15 Minuten von Göttingen kommend, hier anlangte, hatte auch diesmal wiederum die schaulustige Menge angezogen. Am Sonnabend, den 24. Februar, abends punkt 8 Uhr, findet bereits die Eröffnungsborellung statt, für die ein außerordentlich reichhaltiges Programm mit für hier ausschließlich neuen Nummern zusammengestellt worden ist. Der Sonntag, 25. Februar, bringt bereits 2 Vorstellungen um 4 Uhr nachmittags bzw. 8 Uhr abends mit gleichwertigem großen Programm. Nachmittags zahlen Kinder unter 10 Jahren halbe Preise (außer Galerie). Gleich heute sei übrigens noch bemerkt, daß die gesamten Eintrittspreise bei Sarrafani außerordentlich niedrig sind und etwa der Kinderpreise der anderen Wandervorstelungen gleichkommen. Es ist beispielsweise der sonst allenthalben mit 1 Mark bezahlte Sitzplatz im Circus Sarrafani schon für 65 Pfennig erhältlich, während der Galeriesitz nur 35 Pfennig kostet. Die Nachmittagsvorstellungen (Beginn 4 Uhr Sonntags und Mittwochs) sind gleichzeitig Ferndenvorstellungen und ebenso reichhaltig und interessant wie die Abendvorstellungen. —

Das Metropol-Ensemble im Bremer Konzerthaus bringt Sonnabend nachmittag als Kindervorstellung das Bauernmärchen „Der Rattenfänger von Hameln“. Kinder zahlen auf allen Plätzen 10 Pf., Erwachsene 20 Pf. Sonntag nachmittag 4 Uhr werden „Die Räuber“, abends „Der Mann mit der eisernen Maske“ aufgeführt. —

## Militär-Justiz.

Kriegsgericht der 7. Division.

Magdeburg, 23. Februar 1906.

Wegen unterlassener Stellung resp. Fahnenflucht hat sich der Fabrikarbeiter Paul Wies zu verantworten. Er hatte die Stellung in Wackerleben verabsäumt, angeblich, weil er kein Geld hatte. Kurze Zeit darauf beging er einen Einbruchdiebstahl, der ihm 9 Monate Gefängnis einbrachte. Heute erhält er wegen der unterlassenen Stellung, die als Fahnenflucht aufgefaßt wurde, noch zusätzlich 5 Monate Gefängnis, außerdem wird auf Verlesung in die 2. Klasse des Soldatenstandes erkannt. —

Diebstahl. Der schon wiederholt wegen Diebstahls bestrafte Musterteiler Karl Wager 6. Komp. 26. Inf. - Regts. hatte sich bei einer günstigen Gelegenheit eine Mütze, Hose, Mantel und Mantel angeeignet, diese Sachen zu seiner Braut geschickt, um sie später für sich zu gebrauchen. Wegen dieser Torheit erhielt er heute 4 Monate 2 Wochen Gefängnis, auch wurde, da Diebstahl im Rückfalle vorliegt, auf Verlesung in die 2. Klasse des Soldatenstandes erkannt. —

## Letzte Nachrichten.

Gd. Berlin, 23. Februar. In der gestrigen Sitzung der Schulkommission des Abgeordnetenhauses wurde die Generaldebatte über den konfessionellen Abschnitt zu Ende geführt. In die Spezialberatung wird heute abend eingetreten. —

Gd. Breslau, 23. Februar. In der gestrigen Sitzung der Stadtväter wurde einstimmig beschlossen, an die beiden Häuser des Landtags das Ersuchen zu richten, den dem Landtage vorliegenden Schulgesetzentwurf einer grundsätzlichen Veränderung im Interesse der Wahrung der bestehenden Rechte der städtischen Selbstverwaltung zu unterziehen. Der Magistrat soll ersucht werden, diesem Beschlusse beizutreten. —

\* Hamburg, 23. Februar. Gegen den Herausgeber des am 6. Februar verteilten sozialdemokratischen Flugblattes mit der Ueberschrift „Der Wahlrechtsraub“ und die Staatsgewalt wurde ein Verfahren wegen Verleumdung des Senats und Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen eingeleitet. —

Gd. Stuttgart, 23. Februar. Das Reichsgericht hat die von Ludwig Thoma eingeleitete Revision im „Simplicissimus“-Prozess wegen des bekannten Lizenzangebots an die Eittidtscheprediger in Köln verworfen. Das Urteil lautete auf 6 Wochen Gefängnis. —

Gd. Paris, 23. Februar. Nach der Stimmung, die im Parlament herrscht, ist es nicht wahrscheinlich, daß das Kabinett heute in die Minderheit berufen wird. Sollte sich trotzdem eine Mehrheit gegen die auswärtige Politik Klabiers zusammenfinden, so könnte dies nur geschehen, wenn Zentrum und Rechte sich mit den Sozialisten vereinigen. Voraussichtlich wird jedoch Jaures einen derartigen Ausgang vermeiden wollen, denn, falls Klabier gegenwärtig gestürzt würde, würde die Rückkehr Decca's bei dem jetzt herrschenden Geist schon deshalb fast unermesslich, weil sich kaum ein anderer Politiker bereit finden würde, die Nachfolge Klabiers zu übernehmen. —

\* Lagos (Britisch-Nigeria), 22. Februar. Hier sind Nachrichten über die Niederlage der Engländer bei Sokoto eingegangen, nach welchen eine Schar von Fanatikern, die von Norden kam, Sokoto gestürmt und die Engländer überwältigt hat. Auch der französische Posten wurde zerstört, fünf französische Offiziere wurden getötet und zwei gefangen genommen. —

## Briefkasten.

Zur Beachtung!

Die Wünsche, im redaktionellen Teil Hinweise auf Veranlassungen, Vergünstigungen und ähnliche Veranstaltungen zu bringen, mehren sich in letzter Zeit in bedenklichem Maße. Solange solche Wünsche nur hier und da einmal geäußert wurden, haben wir ihnen aufstandslos Folge gegeben. Für die Zukunft kann das nicht mehr geschehen. Derartige Hinweise gehören in den Inseratenteil oder in den Vereinsanzeiger. Wir müssen uns darauf beschränken, nur bei außergewöhnlichen Veranstaltungen solche Hinweise zu bringen oder höchstensfalls mit einer Zeile auf Inserate aufmerksam zu machen. —

M. P. Um Ihren Sohn als Schiffsjunge unterzubringen, ist zunächst erforderlich, daß er gesund, groß und kräftig ist. Außerdem wird erfordet: Gute Schulbildung und gute Augen. Da beim Norddeutschen Lloyd und den großen Reedereien ein großes Ueberangebot von Schiffsjungen vorhanden ist, werden nur die besten ausgewählt. Der billigste Weg ist, Sie setzen sich mit einem Hamburger Vertreter in Verbindung. Dieser muß erst den Jungen für ein Segeßschiff an und erhält dafür 3 Mark. Der betreffende Kapitän erhält 80—150 Mark wogu dann noch die Ausrüstung in Höhe von etwa 250 Mark tritt. Unter 100—150 Mark ist es nicht gut möglich. —

G. N. Gerstin. Solche Inserate bringen fast alle Provinzzeitungen. Wir können deshalb nicht für jeden Ort darauf hinweisen, sondern müssen uns auf einen allgemeinen Hinweis beschränken, was, wie Ihnen wohl nicht entgangen ist, bereits geschah. —

S. B. Sie müssen die Reichen genau abzeichnen. Die Zahlen allein lassen sich nicht erklären. —

Schnebeck und andre. Wir bitten Sie, sich wegen der Formulare, Austritt aus der Landeskirche, an die Freireligiöse Gemeinde hier, Markstraße 1, zu wenden. — Expedition.

Sozialverein Sankt-Georg. Ausschuss. Sonntag. Gemischte Staffspiele bei Medler 2 Mt., Miltentenderein. Singkreis 5 Mt. —

**Agnetenstraße 18**

# Friedrich Bortfeldt

**Ecke Sieverstor.**

Zur Einsegnung  
empfehle:

## Schwarze und weisse Kleiderstoffe

gediegene preiswerte Qualitäten Mohär, Krepp, Cheviot, Satin, Damentuch

das Meter zu 85 Pf. 1.00 1.30 1.60 1.80 2.00 Mk.

2762

Täglich großer Eingang von Frühjahrs-Neuheiten in allen Abteilungen.

**Konfirmanden-Taschentücher.**

**Unterröcke für Konfirmanden in weiß und farbig.**

**— Konfirmanden-Wäsche. —**

**Konfirmanden-Jacketts . . . 15.00 12.00 10.00 8.00 u. 5.00 Mk.**



Elegante

# Malskleidung

aufsergewöhnlich  
großes Stofflager  
prima Zutaten  
beste Verarbeitung  
Garantie für tadellosen Sitz

## Ehrenfried Finke

Stets  
Neuheiten

MAGDEBURG  
125 Breite Weg 126

## Wilhelm Stolze - Klein-Ottersleben

Geschäftshaus für Manufaktur- u. Modewaren

Eines stattfindenden Familienfestes  
halber sind meine Geschäftsräume  
**Dienstag den 27. d. Mts.**  
vormittags ab 11 Uhr -  
geschlossen!

2756

Achtung!

## Grosser Rester-Verkauf

zu noch nie dagewesenen  
billigen Preisen

Herren-Anzüge  
Knaben-Anzüge  
Arbeiter-Garderobe

extra starke Näharbeit  
**billiger**  
wie jede Konkurrenz  
bei 356

**Wilh. Rueff**  
**Calbe a. S.**  
Querstr. No. 1.

Sicher wirkendes 2542  
**Läusemittel**  
für Kinder. — Fl. 30 Pf.  
**Gustav-Adolf-Drogerie**  
Otto Grönewald  
40 Gustav-Adolf-Strasse 40.

Graben in allen Größen vorrätig  
Südlichhofstraße 25/27, Hof part. z.  
**Rabattmarken** 2754  
werden gekauft u. in Zahl genommen  
Jenny Korn, Kustadt, Ritterstr. 1b.



Wenig gebrauchte Nähmaschinen  
zum Preise von 25—60 Mk.

Neue Nähmaschinen aller Systeme  
unter Garantie  
in billigster Preislage.

**A. Rose, Breiteweg 264**  
(Scharnhorstplatz).  
Vettestes seit 1865 besteh. Geschäft dies. Branche.  
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen  
aller Art zu billigsten Preisen. 576

## Sohlleder - Ausschnitt

sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel  
zu den billigsten Preisen empfiehlt

**Joseph Kullmann**  
vormals Röder & Drabant  
25 Jakobstrasse 25. 444

## Gänsepökelfleisch 2004 Fleischerei

um schnell damit zu räumen, verkaufe bei billiger Miete oder Abstand so-  
von jetzt ab à Pfd. 10 Pf. billiger, fort zu übernehmen. Offerten unter  
**M. Weinberg, Berlinerstr. 1a, S 385 postlagernd Sudenburg.**

Im Kunstverlag von Albert Langen, München, erscheint:

Die

# Frau in der Karikatur

von Eduard Fuchs

in 20 Lieferungen à Lieferung 1 Marl.

Bestellungen nimmt entgegen

**Buchhandlung Volksstimme, Jakobstr. 49.**

Gratulationskarten empfiehlt Buchhandlung Volksstimme.



## Friedrich Grashof

11 Johannisfabrikstraße 11  
Früher langjähriger Zuschneider und  
Verkäufer der Firma G. Gehse  
Großes Lager von Konfirmanden-Anzügen  
sowie Herren- und Knaben-Garderoben  
Spezialität:  
Arbeits-Garderoben für Jeden Beruf.

Leser der „Volksstimme“! Kauft in den Geschäften, die in der „Volksstimme“ inserieren!

Neu eröffnet!

**Konfirmanden-  
Anzüge**

in allen Preislagen —  
nur haltbare Stoffe.

# Max Wandrow

Alte Neustadt, Moldenstraße 35

Hüte, Mützen, Schirme  
Kragen, Manschetten —  
Serviteurs, Krawatten —

in den neusten Fassons  
und Mustern. 2761

Billigste Preise!